Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.



Nr. 576. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 8. December 1876.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

26. Sitzung des Reichstages (7. December).

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Herzog, v. Pommer-Esche u. A.

Das Haus dechargirt zunächst die Reichsschuldencommission auf Grund ihres Berichts über die Verwaltung des Schuldenwesens des norddeutschen Bundes, beziehungsweise des Deutschen Reiches, über den Reichskriegsschatz und über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten. Darauf werden in dritter Lesung die Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des § 44 des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. Mai 1872 und betreffend die Festsetzung von Fischereischonstrecken in Elsaß-Lothringen, sowie der Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der schweizerischen Eidgenossenschaft ohne Debatte definitiv angenommen.

Es folgt die Berathung des dritten Berichts der Reichsschulden-Commission über ihre Thätigkeit, sowie über die Ergebnisse der unter ihrer Aufsicht stehenden Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, des Festungsbaufonds und des Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes.

Abg. Rickert: Die Reichsschulden-Commission hat in einem detaillirten Bericht die Rechnungen über die drei Fonds dem Hause zugehen lassen. Nach sorgfältiger Prüfung dieser Rechnungen, sowie der dazu gehörigen Bemerkungen der Oberrechnungskammer habe ich irgend etwas zu erinnern nicht gefunden und beantrage daher, das Haus möge der Commission über die vorgelegten Rechnungen Decharge ertheilen. In Bezug auf den Reichsinvalidenfonds hat der Reichstag im Februar vorigen Jahres die Resolution angenommen: „die nach § 14 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 aufzustellende Bilanz, in welcher der zeitige Capitalwerth der dem Reichs-Invalidenfonds obliegenden Verbindlichkeiten anzugeben ist, aufstellen zu lassen und dem Reichstag in der nächsten Session vorzulegen." Da das Haus ein sehr lebhaftes Interesse hat, diese Bilanz baldmöglichst kennen zu lernen, so richte ich die Anfrage an den Präsidenten des Reichskanzleramtes, ob es in der Absicht der Reichsregierung liegt, dem in der Resolution ausgesprochenen Wunsche des Hauses wenn nicht in dieser, so doch wenigstens in nächster Session nachzukommen.

Präsident Hofmann: Das Reichskanzleramt hat bald nach Annahme der Resolution Schritte gethan, um die gewünschte Bilanz herzustellen. Es war zu diesem Zwecke nothwendig, sich zunächst an die Militärverwaltung zu wenden, um die Unterlagen für die Aufstellung der Bilanz zu bekommen, und das war in Folge der vielen Correspondenzen, die zu diesem Behufe geführt werden mußten, kein leichtes Werk. In den letztvergangenen Tagen ist nun endlich das vollständige Material eingegangen und alle Vorarbeiten geschehen, um die Bilanz sofort beim Beginne der nächsten Session dem Reichstage vorzulegen.

Der Antrag Rickert auf Decharge-Ertheilung wird hierauf angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Landeshaushalts-Etats für Elsaß-Lothringen.

Zu Capitel 8: „Fortdauernde Ausgaben", Titel 1: „Landesdirector", bemerkt:

Abg. Simonis: Für den hier genannten Landesdirector ist im diesjährigen Etat wiederum außer den 10,500 Mark Gehalt und 2400 Mark Miethszulage eine Ortszulage von 3000 Mark aufgeführt. Gegen diese Ortszulage muß ich hier wieder, wie im vorigen Jahre, als eine schreiende Ungerechtigkeit meine Stimme erheben. Es ist auch nicht der geringste stichhaltige Grund für das Fortbestehen dieser Ortszulage, die dem Lande so ungeheure Summen kostet, nachgewiesen. Die Lebensmittel sind bei uns billiger, wie anderswo, namentlich ist der Wein bei uns so ungemein billig, wie in keinem anderen Lande der Welt. Ueber zu schwere Arbeit können sich die Herren auch nicht beklagen, denn der Etat weist eine ansehnliche Summe für alle möglichen Hilfsarbeiter auf. Dies System der Ortszulage war unter der französischen Herrschaft in unserem Lande völlig unbekannt. Nun begrüßt man uns als deutsche Brüder und besoldet dabei die Beamten, die man zu uns schickt, gerade so als ob sie in ein feindliches Lager abgesandt würden. Die Weinsteuer, deren Härte bei uns besonders drückend empfunden wird, könnte mit einem Schlage abgeschafft werden, wenn man diese Ortszulage aus unserem Budget striche. Ich hoffe, daß wenigstens im nächsten Etat hierin der Stimme des Landes Gehör gegeben werde.

Unterstaatssecretär Herzog: Der Vorredner hat heute dieselben Klagen wieder erhoben, auf die ich ihm bereits in der vorjährigen Etatsberathung ausführlich geantwortet habe. Ich halte sie für erledigt und glaube heute des Näheren nicht weiter darauf eingehen zu sollen. Wir können die Ortszulage nicht entbehren, wenn wir unsere Beamten auskömmlich stellen wollen und wir müssen sie gewähren, weil wir sonst tüchtige Beamten für diese opfervolle Stellung nicht erhalten können. Diese Zulagen bilden uns eine Garantie für die Zukunft; sie werden fortfallen, sobald das Land uns selbst die erforderlichen Beamten stellen kann und will.

Abg. Windthorst: Ich muß dem Herrn Unterstaatssecretär bemerken, daß ein Volksvertreter die Pflicht hat, eine Beschwerde hier im Hause so lange zu wiederholen, bis Abhilfe gewährt worden ist. Ich kann eine derartige Antwort, wie wir sie soeben gehört haben, der Stellung und dem Verhältniß nicht entsprechend halten, wie es zwischen Regierung und Volksvertretung stattfinden soll. (Sehr wahr! im Centrum.)

Unterstaatssecretär Herzog: Eine solche Kritik, meine ich, steht dem Vorredner nicht zu. Ich habe einfach im Interesse der Zeitersparniß für das Haus es abgelehnt, auf eine Beschwerde näher einzugehen, die ich durch die Beschlüsse des Hauses bei der vorjährigen Etatsberathung für erledigt erachte.

Abg. Simonis: In der Erwiderung des Unterstaatssecretärs kann ich auch nicht die Spur einer wirklichen Widerlegung meiner Ausführungen entdecken. Welch einen logischen Zusammenhang soll ich annehmen zwischen der Aufrechterhaltung der Ortszulage und einer Garantie für die Zukunft? Mir ist diese Bemerkung völlig unerklärlich. Mit welcher unerhörten Ungerechtigkeit hier gegen das Land vorgegangen wird, kann man daraus ersehen, daß der einzige Grund, der bisher hier und im Landesausschuß für die Ortszulage angegeben wurde, nämlich als ein Aequivalent für Miethsentschädigung zu dienen, in dem grellsten Widerspruche steht mit den eigenen Angaben des Etats, in welchem bei diesem Titel neben der Ortszulage von 3000 Mark ausdrücklich noch eine Miethsentschädigung im Betrage von 2400 Mark ausgeworfen wird. Ich kann nur immer wieder die Frage erheben, warum denn wir verurtheilt sein sollen, eine solche Ortszulage zu zahlen, welche in keinem anderen Lande im Deutschen Reiche gewährt wird.

Eine längere Debatte knüpft sich an den Titel 19 des Capitels 10: Criminalkosten 280,000 Mark.

Referent Abg. Dr. Buhl: Der Abg. Winterer hat bei der ersten Lesung bedauert, daß die Criminalkosten in einem Winkel des Etats ihren Platz gefunden haben; dagegen hat der Landesausschuß die Regierung beglückwünscht, daß mit der Verlegung dieses Titels aus dem Justizetat in den des Enregistrements eine Vereinfachung und eine Ersparniß erzielt worden ist. Der Abg. Winterer hat ferner bedauert, daß eine bedeutende Erhöhung der Ausgaben an Criminalkosten eingetreten ist; eine Vermehrung ist allerdings der Etatsziffer nach eingetreten, aber die früheren Etatsziffern waren Voranschläge, die sich immer dem eigentlichen Bedürfnisse gegenüber als unzureichend erwiesen haben. Als Erklärung für die Zunahme der Vergehen und Verbrechen führte die Regierung in der Commission an, daß viele aus den französischen Gefäugnissen entlassene Verbrecher und andere zweifelhafte Subjecte aus Frankreich zurückkehren und daß besonders mit dem Bekannterwerden der Regierung mit dem Lande das Auffinden der Vergehen erleichtert wird. Einen Rückgang der sittlichen Zustände im Lande kann man nicht behaupten.

Abg. Simonis: Der Abg. Winterer hat diese Criminalkosten den schwarzen Punkt des ganzen Budgets genannt, der Abg. v. Puttkamer hat ihn beinahe für den schönsten erklärt, indem er constatirt, daß jetzt die Polizei besser gehandhabt werde. Ich habe mich umgesehen, woher die Steigerung der Verbrechen und Vergehen kommt. Der Referent hat angeführt, daß Verbrecher aus Frankreich zurückkommen. Ich habe mir nun die Listen angesehen, woher die armen Leute kommen, die als Verbrecher bestraft werden; da sind allerdings Würtemberger, Italiener u. A. zu finden, aber kein einziger Franzose; wie sollten auch aus Frankreich derartige zweifelhafte Subjecte kommen, da alle diejenigen, die aus Frankreich zurückkehren, mit solcher Schärfe geprüft und eventuell ausgewiesen werden. Dagegen kann ich nur anführen, daß z. B. ein Landgericht in dem ersten Jahre 410, im zweiten 505, im dritten 618, im vierten Jahre 1000 Urtheile gesprochen hat; das scheint mir doch eine Verschlimmerung der Zustände zu beweisen. Namentlich in den größeren Städten sind die Zustände so schlecht geworden, daß man anständigerweise nach 8 Uhr kaum über die Straße gehen kann. Es ist gesagt worden, wenn viele Bürgermeister noch nicht angestellt seien, so sei das eine Verschleppung seitens der Verwaltung. Im Lande ist man allgemein der Ansicht, daß ein Bürgermeister, der streng die Sittlichkeit aufrecht erhält, der Regierung wenig angenehm ist, und mancher gerade deshalb entlassen worden ist. Das eine ist wahr, daß die Polizei in manchen Stücken strenger gehandhabt wird, als den Leuten angenehm ist, so z. B. bei Abhaltung von Tanzvergnügen. Ich glaube aber vor allen Dingen gegen das allgemeine Herabsinken des sittlichen Zustandes meine klagende Stimme erheben zu müssen.

Abg. v. Puttkamer (Sensburg): Der Vorredner hat viele Klagen vorgebracht, aber auch nicht den Schatten eines thatsächlichen Beweises. Es ist hart, wenn man hier Aeußerungen über die wachsende Unsittlichkeit hören muß, die doch schließlich nicht auf die Regierung, sondern auf die durchaus tüchtige Bevölkerung selbst zurückfallen. (Sehr richtig!) Der Vorredner meint, daß früher die Sittlichkeit besser gewesen sei. Ich glaube, es ist das erste Mal, daß der deutschen Nation gesagt wird, sie solle von Frankreich gute Sitten lernen. Was nun speciell die Verhältnisse in den größeren Städten, also auch in Metz, betrifft, die mir persönlich und amtlich nahestehen, so kann ich nur sagen, von alledem ist mir nicht das Mindeste bekannt. Der Vorredner hat ferner mit Bestimmtheit behauptet, daß der Maßstab für die Ernennung der Bürgermeister nicht aus ihrer inneren Tüchtigkeit, sondern aus ihrer Connivenz gegen die Verwilderung des Volkes genommen werde. Das ist allerdings eine ganz kolossale, aber unrichtige Behauptung. Die französische Verwaltung hat allerdings nur den Maßstab angelegt, ob der Betreffende dem Herrn Präfecten als gefügige Wahlmaschine erschien. Die deutsche Verwaltung hält sich dagegen vollkommen neutral und ernennt denjenigen, der die meisten Stimmen erhalten hat, weil sie darin den Ausdruck des Vertrauens des Volkes erblickt. Ich möchte also den Vorredner doch bitten, daß er sich künftig seine Gewährsmänner besser ansieht, ehe er in Zukunft wieder Beschwerden bringt ohne thatsächlichen Anhalt.

Abg. v. Schulte: Der Abg. Simonis hat zunächst einen positiven Irrthum begangen, wenn er von einer Vermehrung der Verbrechen gesprochen hat; die Verbrechen haben sich auf derselben Höhe erhalten, aber die Vergehen haben sich allerdings gemehrt. Wenn seine Angaben richtig wären, so verdienten sie jedenfalls eine ganz genaue Untersuchung. Er würde deshalb sehr gut gethan haben, wenn er in der Commission als Mitglied thätig gewesen wäre, wozu er leicht hätte gelangen können, wenn er nur gewollt hätte. (Sehr wahr!) Hätte er in der Commission diese Angaben gemacht, so würde man mit dem vollsten Ernste darauf eingegangen sein, und auch die Vertreter der Regierung hätten jedenfalls, wie in vielen andern Fällen, bereitwilligst Auskunft ertheilt. Wenn im Plenum derartige thatsächliche Behauptungen ohne irgend einen Beweis vorgebracht werden, so kann man sie eben nicht genau untersuchen, das ist nur in der Commission möglich. Wenn man aber im Plenum immer wieder auf die Sachen zurückkommt, ohne der Commission, die den Beruf hat, die Angelegenheit zu prüfen, Material vorzulegen und Hilfe zu leisten, so scheint mir das doch nicht der richtige Weg, im Interesse des Landes zu wirken. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichensperger (Krefeld): Man wirft den elsässischen Abgeordneten fortwährend vor, daß sie sich im Plenum in Exclamationen ergingen, während sie an den Commissions-Verhandlungen nicht theilnähmen. Ich bedauere das letztere auch, ich kann sie deshalb aber nicht so hart verurtheilen, wie es gewöhnlich geschieht. Die Beschwerden richten sich weniger auf einzelne Uebergriffe und Mißstände, deren Abhilfe sie ruhig der Majorität der Commission überlassen können, sondern auf Cardinalpunkte und Principien, die in der Commission doch nicht erledigt werden können. Daß man von den Abgeordneten die Anführung von Gewährsmännern verlangt, wundert mich sehr, ich dächte, sie wären in dieser Beziehung selbst Autorität genug, da ja ein jeder Abgeordneter als Vertreter der Stimmung seines Landes erscheint. Was speciell die Ansicht des Abg. Simonis über die Abnahme der Sittlichkeit betrifft, so sind das eben allgemeine Wahrnehmungen, die sich nicht immer mit Zahlen belegen lassen. In Westfalen weist die Brutalitätsstatistik jetzt auch größere Zahlen auf, als früher, und ich behaupte, daß dies lediglich der Abnahme des religiösen Gefühles zuzuschreiben ist. Die Kirchen und Kapellen werden von Gendarmen jetzt vielmehr überwacht, als Café chantants und die Tingeltangel. Es sind das nicht etwa ultramontane Marotten, sondern jeder, der überzeugt ist, daß die einzige Grundlage der Moral die Religion ist, wird mir zugeben, daß die Abnahme der Sittlichkeit nicht überraschen kann in einer Zeit, in welcher der Staat selbst die Kirche heftig bekämpft und dadurch zur Verbreitung des Unglaubens nach Möglichkeit beiträgt.

Abg. Dr. Simonis: Ich habe meine Worte sehr schonend ausgesprochen und hatte keine andere Absicht, als meine warnende Stimme zu erheben, daß man für die Zukunft der wirklich constatirten Zunahme der Verbrechen steuern möge. Daß diese Stimme deeartig verkannt werden konnte, wie es vom Abg. v. Puttkamer geschehen ist, wundert mich sehr. Wenn man mich nach Beweisen für meine Behauptung fragt, so weise ich auf die Vermehrung von 100,000 Mark im Budget hin, sowie auf meinen Gewährsmann, den Generalprocurator Schneegans zu Colmar. Als colossal wurde die Behauptung bezeichnet, daß die Sittlichkeit im Elsaß vor der Annexion größer gewesen sei, als jetzt. Ich möchte mir keine Retorsion erlauben, hätte aber am allerwenigsten geglaubt, von Berlin eine Belehrung über Gottesfurcht und gute Sitte zu erhalten. In Bezug auf die Ernennung der Bürgermeister habe ich nur als Factum constatirt, daß es im Lande die allgemeine Ansicht ist, daß derjenige bei der Regierung sich mißliebig mache, der seiner Ueberzeugung treu bleibe, und wenn man hierfür einen Gewährsmann zu haben wünscht, so stelle ich mich selbst als solchen hin und glaube nicht vom Lande dementirt zu werden.

Abg. Grumbrecht: Es ist nicht zu verkennen, daß den Elsässischen Abgeordneten von Seiten des Reichstags stets eine milde Stimmung entgegengebracht worden ist, aber wenn die Herren fortwährend im Plenum mit Lamentationen kommen, wie z. B. heute über die Sittlichkeit, über welche ein Streit völlig fruchtlos ist, und wenn sie dagegen an keiner Commissionsberathung theilnehmen, so reißt endlich auch einmal die deutsche Geduld; und ich glaube, daß kein Parlament sich das bieten lassen würde. Wenn die Herren in der Weise fortfahren und statt an einer Verbesserung der Zustände mitzuhelfen, nur Klagen vorbringen, so wird wohl schließlich nichts anderes übrig bleiben als Strenge, und die Anwendung der Worte: „Bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt."

Abg. Lingens: Wenn es auch nicht immer möglich ist, bei derartigen Debatten den gereizten Ton zu vermeiden, so sollte doch die Majorität der Minorität gegenüber stets vorsichtig sein. Der Standpunkt, auf den sich der Vorredner stellt, ist nicht der richtige und wird uns am wenigsten zum Ziele führen. Thatsache ist jedenfalls, daß die Vergehen zugenommen haben und die elsässischen Abgeordneten haben deshalb wohl Recht zur Klage. Wir sollten deshalb billig bei unseren parlamentarischen Debatten den Grundsatz beachten, was du nicht willst, das man dir thu', das füg' auch keinem Andern zu.

Unterstaatssecretär Herzog: In der Commission sind nicht blos die einzelnen Positionen Punkt für Punkt behandelt worden, sondern auch Fragen allgemeineren Charakters, und die Regierung ist stets bereit gewesen, auf Anfragen, die gestellt wurden, zu antworten. Sie würde dies auch gern den elsässischen Abgeordneten gegenüber gethan haben, wenn diese an den Verhandlungen theilgenommen hätten. Statt dessen blos allgemeine Behauptungen über Vermehrung der Verbrechen aufzustellen, während die Zunahme von Criminalverfolgungen zum großen Theil der größeren Wachsamkeit der Beamten zuzuschreiben ist, und die Regierung der Parteilichkeit bei der Wahl der Bürgermeister zu beschuldigen, scheint mir nicht angemessen zu sein.

Die fortdauernden Ausgaben werden sämmtlich bewilligt.

Es folgt die Berathung über die Einnahmen der Verwaltung der directen Steuern.

Abg. Simonis: Das Verfahren der Reichsregierung bei der Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern in Elsaß-Lothringen entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Nach Art. 36 der Verfassung bleibt die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern jedem Bundesstaate innerhalb seines Gebietes überlassen, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat. Elsaß-Lothringen ist aber kein Bundesstaat, dem die Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern bisher überlassen gewesen ist, und ebenso widerspricht es dem Gesetz, daß die Verwaltung von Berlin aus geführt wird. Nur eine ganz kurze Zeit hat Elsaß-Lothringen das Recht der Zollerhebung selbst ausgeübt. Dies beweist aber nichts gegen meine Auffassung. Nach Art. 40 der Verfassung bleiben die Bestimmungen des Zollvereinigungs-Vertrags vom 8. Juli 1867 in Kraft. Wie kann diese Vorschrift auf uns Elsässer angewendet werden, die wir doch im Jahre 1867 noch gar nicht in Deutschland waren? Die vom Reiche geführte Verwaltung ist zu kostspielig. Die Jahre 1874 und 1875 waren sehr gute und ergaben deshalb auch gute Einnahmen. Dennoch sind dieselben zur Hälfte von den Kosten ihrer Erhebung aufgezehrt worden. Wie soll es erst werden, wenn auf die fetten Jahre magere folgen? 1876 war schon ein sehr schlechtes Jahr mit sehr geringem Ernteertrage. Ich wünsche, daß die Verwaltung billiger werde und daß eine allgemeine Steuererleichterung für die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen eintrete. Insbesondere wiederhole ich die schon oft ausgesprochene Bitte um Abschaffung der Weinsteuer. Ich glaube es ist sehr leicht möglich, die Steuer abzuschaffen, ohne sie durch eine andere zu ersetzen.

Referent Dr. Buhl: Schon in einer früheren Session hat der Reichstag in einer Resolution an den Herrn Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, auf eine richtige Vertheilung der Zölle und Verbrauchssteuern in den einzelnen Staaten hinzuwirken und namentlich eine Abänderung des Art. 38 der Verfassung herbeizuführen, nach welchem zur Zeit der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern in die Reichskasse fließt. Die Commission hat auf ihre Anfrage vom Bundesrathe die Antwort erhalten, daß die Verhandlungen in dieser Angelegenheit wegen der technischen Schwierigkeit derselben noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Der Bundesrath hat beschlossen, für die Jahre 1876 und 1877 die Zölle in Elsaß bis zu einem Höchstbetrage von 300,000 Mark fortzuerheben. Die Commission ist nicht der Ansicht, daß die von dem Vorredner angeführten Bestimmungen der Verfassung die Maßnahmen der Regierung als ungesetzliche erscheinen lassen. Für die Erhebung der Grenzzölle in Elsaß-Lothringen werden etwa 2 Millionen Mark gezahlt. Das Land trägt aber von dieser Summe nur etwa ½ Million, da für den übrigen Betrag das Reich aufkommt. Ubrigens haben sich die dem Lande erwachsenden Kosten stetig vermindert und sie betragen für das Jahr 1876 nur noch 300,000 Mark. Was die Weinsteuer betrifft, so ist dieselbe in Elsaß-Lothringen allerdings eine sehr unpopuläre. Die Anregung zu der Abschaffung derselben kann aber nicht vom Reichstage, sie muß von dem Landesausschusse ausgehen. Das Plenum desselben hat an die Regierung das Ersuchen gerichtet, entsprechende gesetzliche Maßregeln einzuleiten, und nach den von den Vertretern des Bundesraths in der Commission abgegebenen Erklärungen, ist die Regierung auch schon damit beschäftigt, Aenderungen herbeizuführen.

Abg. Simonis vermißt in der Rede des Referenten eine Widerlegung seiner Behauptung, daß die Maßnahmen der Regierung bezüglich der Zölle und Verbrauchssteuern mit den Bestimmungen der Verfassung nicht im Einklange stehen; worauf der Ministerialdirector Herzog erwiedert, Elsaß-Lothringen könne doch nicht eine andere Behandlung beanspruchen, als die sämmtlichen einzelnen Bundesstaaten; es werde aber thatsächlich sogar besser behandelt, wie beispielsweise Preußen.

Die einzelnen Einnahme-Titel werden hierauf genehmigt.

Bei der Berathung des Etats für das Oberpräsidium in Elsaß-Lothringen nimmt das Wort der Abg. Winterer: Die drei Ober-Regierungsräthe, für welche im Etat Gehälter ausgeworfen sind, bilden nach dem Organisationsgesetz für Elsaß-Lothringen unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten eine Behörde, welche den früheren conseil d'Etat ersetzen soll. Dem letzteren lag es ob, sowohl die Beamten gegen ungerechte Verfolgungen, als auch die Unterthanen gegen Uebergriffe der Beamten zu schützen. Der Schutz für die Unterthanen wird jetzt aber nicht mehr gewährt. Wir haben wohl den Beschwerdeweg; derselbe ist aber kein Ersatz für den Schutz durch den conseil d'Etat. Es wäre besser gewesen, die Befugniß, über Beschwerden der Unterthanen gegen Uebergriffe der Beamten zu entscheiden, den Gerichten zu übertragen, da diese allein die erforderliche Unabhängigkeit besitzen.

Ministerialdirector Herzog erklärt, daß bei der Einführung des Gerichts-Verfassungsgesetzes in Elsaß-Lothringen den Beschwerden des Vorredners werde Abhilfe verschafft werden.

Der Etat des Oberpräsidiums wird hierauf genehmigt.

Zu Cap. 14, Tit. 1. (Dispositionsfonds des Oberpräsidenten) beantragen die Abgg. Hartmann, Guerber und Genossen folgende Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf wegen Einführung des Reichspreßgesetzes in Elsaß-Lothringen dem Reichstage in der nächsten Session vorlegen zu wollen.

Referent Buhl erklärt, daß die Bewilligung dieser Position in der Commission nicht beanstandet worden sei, sondern es sei nur der Wunsch ausgesprochen, einige aus diesem Fonds geleistete Ausgaben in den ordentlichen Etat zu bringen, so die Insertionskosten und Abonnementskosten für Zeitungen. Ein ähnlicher Antrag wie jetzt sei auch in der Commission gestellt, jedoch dort abgelehnt worden, weil die Commission es nicht für gerathen erachtete, einen politisch so wichtigen Antrag in einer Etats-Commission nebenhin zu erledigen.

Abg. Guerber (Elsaß) freut sich immer, wenn bei der Etatsberathung für die Reichslande der Geduldsfaden des Hauses reiße, weil das ein Beweis dafür sei, daß der reichsländische Etat nicht in Berlin berathen werden könne und dürfe. Man habe genug schwarze Wäsche in den dunklen Fluthen der Spree zu waschen, man solle die schwarze Wäsche der Reichslande den blauen Wellen des Rheines überlassen. Die Commission, die Majorität des Hauses en miniature zeigend, könne oder wolle ihre Aufgabe nicht vollständig lösen, namentlich nicht in Bezug auf die Preßangelegenheiten, für welche aus öffentlichen Geldern 46,000 Mk. verwendet werden. Für die ausländische Presse, namentlich für die französische, seien die Reichslande wie mit einer chinesischen Mauer umgeben, die Bevölkerung werde durch das parteilich geübte Censurrecht des Oberpräsidenten in unerträglicher Weise bevormundet. Von den inländischen Blättern würden namentlich solche Blätter, wie der „Straßburger Bote" und die „Lothringer Zeitung" subventionirt, welche der Bevölkerung, von deren Steuern sie bezahlt werden, die allergröbsten Schmähungen ins Gesicht schleudern. Sie glichen den Buschkleppern, welche versteckt das Volk mit giftigen Pfeilen beschießen und sich diese noch bezahlen lassen. Das deutsche Preßgesetz habe sich wirksam genug gegen politisch-unliebsame Parteien erwiesen, daß man es auch den Reichslanden geben könne, als erwünschten Anfang zur Aufhebung der verhaßten Dictatur.

Abg. Duncker: Wenn solche Thatsachen, wie die vom Vorredner angeführten, nicht in der Commission, sondern im Plenum vorgeführt werden, so fehlt es uns an Mitteln, die Wahrheit derselben zu untersuchen; wenn sie aber wahr sind, so fühle ich keinen Beruf, die Regierung zu vertheidigen. Die Debatte knüpfte an den Dispositionsfonds des Oberpräsidenten an; da ist nun in der Commission allerdings mitgetheilt, daß 46,000 Mark für die Subvention der Presse gebraucht worden sind. Ich bedauere, daß nicht auch die anderen Posten dieses Titels genannt worden sind, weil man leicht vermuthen könnte, daß in dem Rest noch irgend welche hochpolitische Dinge verborgen sind. Ich halte allerdings die Existenz der officiellen und officiösen

Presse für berechtigt, aber man muß dabei mit voller Offenheit verfahren und nicht unter dem Scheine der Unabhängigkeit der Blätter die öffentliche Meinung corrumpiren. Wenn man aber eine officiöse Presse haben will, so muß man auch der unabhängigen Presse vollen freien Spielraum lassen und ich werde deshalb für den vorliegenden Antrag stimmen. Die Regierung sollte doch endlich zur Einsicht kommen, daß durch Subventionirung der officiösen Presse, ohne Freigabe der andern Presse, auch diejenige unabhängige Presse verdächtigt und unwirksam gemacht wird, welche die Verständigung und den Anschluß an Deutschland sucht. Die Debatten über die elsaß-lothringischen Angelegenheiten pflegen sich in Einzelheiten zu zersplittern. Daran tragen aber die Herren aus den Reichslanden selbst einen großen Theil der Schuld, weil sie an den vorberathenden Stadien der Berathung nicht theilgenommen haben. Die Commission würde jedenfalls bemüht gewesen sein, das Interesse des Reichslandes mit denen des Reiches in Einklang zu bringen; aber wenn ein Conflict beider vorhanden ist, so gebe ich dem des Reiches den Vorzug. Die Abgeordneten von Elsaß-Lothringen sind durch die Annahme eines Mandates nicht nur Vertreter des Elsasses, sondern des ganzen Deutschen Reiches geworden und müssen sich auf denselben Boden stellen. Vor allen Dingen aber muß ich bedauern, daß derjenige Mann den Debatten fern bleibt, der für die Politik des Reiches verantwortlich ist; seine Betheiligung wäre um so wünschenswerther, als in den Reichslanden eine gewisse Beunruhigung herrscht über die Errichtung des neuen Reichsamtes für Elsaß-Lothringen, und darüber, daß das Gesetz über die Competenz des Landes-Ausschusses nicht zur Vorlage gekommen ist. Wir wollen die Reichslande als einen gleichberechtigten Bundesstaat hinstellen und ihm möglichste Selbstständigkeit geben; deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen.

Abg. Windthorst (Meppen): Die elsässische Presse ist völlig der discretionairen Gewalt der Regierung anheimgegeben, denn sie steht direct unter Oberaufsicht derselben, und alle Blätter sind einer strengen Censur unterworfen. Alles wird durch die officiöse Presse, durch die sogenannten „Sauhirten" überwuchert. (Redner wird vom Vicepräsidenten v. Stauffenberg auf das Unparlamentarische dieses Ausdrucks aufmerksam gemacht.) Es sind das Zustände, welche jedem civilisirten Lande Hohn sprechen. Unter diesen Zuständen sollen am 10. Januar die Wahlen stattfinden. Ist das wirklich denkbar? Wenn die Regierung noch Anstand nimmt, das deutsche Preßgesetz dort definitiv einzuführen, so müßte doch wenigstens Vorsorge getroffen werden, daß die Wahlen frei stattfinden könnten. Unter den jetzigen Umständen ist das nicht möglich.

Abg. Dr. v. Schulte: Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche auch nur die geringste Knebelung der Presse gutzuheißen geneigt sind, aber mit der Einführung des Preßgesetzes würde in diesem Augenblicke Nichts geholfen sein, da ja der Artikel 10 des Organisationsgesetzes bestehen bleiben würde. Ueber die Abfassung dieses Paragraphen können wir jedoch unmöglich bei Gelegenheit eines Etatspostens Entscheidung treffen. Die Argumentation, daß im Interesse der Wahlfreiheit die Presse freigegeben werden müsse, beweist im vorliegenden Falle wenig, da ja schon beim vorigen Mal Männer gewählt worden sind, die jedenfalls nach dem Sinne des Abg. Windthorst sind, und in Frankreich haben Wahlen unter dem Belagerungszustande stattgefunden. Es würde vielmehr zu versuchen sein, ob nicht die Aufrechterhaltung von Partei-Organen gegenüber der officiösen Presse möglich sein sollte.

Unterstaatssecretär Herzog: Die Nothwendigkeit für die Regierung, daß sie mit der Presse Verbindungen habe, daß sie ihren Auffassungen und Ansichten in der Presse einen Ausdruck gebe, ist ja allgemein anerkannt; sie ist aber insbesondere für Elsaß-Lothringen einleuchtend. Wir haben in diesem Etat für ein solches literarisches Bureau mit Allem, was darum und daran hängt, den bescheidenen Betrag von etwas über 20,000 Mark ausgesetzt. Glauben Sie wirklich, daß man mit diesem winzigen Jahresbetrage eine ganze Presse corrumpiren könne? Was müßten das für Redacteure und Schriftsteller sein, die sich für eine solche Summe dazu hergeben könnten, die Meinung des ganzen Landes zu färben. Was nun den Antrag Hartmann betrifft, so erkenne ich an, daß der Zustand, der gegenwärtig in Elsaß-Lothringen besteht, ein durchaus unerwünschter ist, ferner, daß die Lage der dort noch geltenden französischen Preßgesetzgebung gegenwärtig noch eine solche ist, die als eine normale und dauernd zu erhaltende nicht bezeichnet werden kann; ebenso weiter, daß, wenn in einzelnen officiösen Organen Aeußerungen, wie sie der Abg. Guerber charakterisirte, wirklich gethan sind, ich den betreffenden Redacteuren das Zeugniß des Tactgefühls nicht ertheilen kann und daß ich die vorgesetzte Behörde für entschieden verpflichtet halte, den Redacteur anzuweisen, derartige Tactlosigkeiten zu vermeiden. Ich muß Sie trotzdem dringend bitten, den Antrag Hartmann nicht anzunehmen. Es ist gegenwärtig für uns völlig unmöglich, dem Eindringen der französischen Blätter mit ihrem tagtäglich aufreizenden und haßerfüllten Inhalte in Elsaß-Lothringen volle Freiheit zu lassen. Es wäre das mit der Sicherheit des Landes absolut unvereinbar. Die Einführung des deutschen Preßgesetzes aber würde uns in dem Bemühen, das Land vor den täglichen Aufreizungen, welche eine Beruhigung der Gemüther unmöglich macht, völlig lahm legen. Die unmittelbare Folge dieser Einführung könnte zunächst nur eine verschärfte Anwendung der Befugnisse sein, welche uns der § 10 des Dictaturgesetzes an die Hand giebt, und die Herren Vertreter aus Elsaß werden selbst zugestehen, daß diese Eventualität für das Land noch weit schädlicher sein würde, als die jetzigen Preßzustände.

Abg. Guerber: Trotz allem, was der Herr Bundescommissär angeführt hat, behaupte ich, daß die Presse in Elsaß-Lothringen jedes Schutzes entbehrt. Ich meine, daß es nicht nothwendig ist, französische Zeitungen in so großer Menge anzuhalten, man müßte denn uns Elsässer nicht für ein civilisirtes und gebildetes Volk, das namentlich in der Industrie Hervorragendes leistet, sondern für Dumme halten. Dann freilich mag man auch unsere Zeitungen auf den index journalorum prohibitorum (Heiterkeit) setzen. Ich hoffe aber, daß der Reichstag durch Annahme der von uns vorgeschlagenen Resolution uns die Aussicht eröffnen wird, daß wir besseren Zuständen entgegen gehen.

Hierauf wird der Tit. 21 genehmigt und die Resolution des Abg. Hartmann abgelehnt. Für die letztere stimmen außer den Elsässern die Fortschrittspartei, das Centrum und die Socialdemokraten.

Ohne Debatte werden die Etats der Tabaksmanufactur und der Justizverwaltung genehmigt. Darauf vertagt sich das Haus um 4 Uhr bis Sonnabend 11 Uhr. (Etat für Elsaß-Lothringen und Petitionen. Die dritte Berathung der Justizgesetze wird am Montag beginnen.)

Berlin, 7. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Kriegsrath Zebr im Kriegsministerium, dem Kreis-Gerichts-Secretär und Kanzlei-Director, Kanzleirath Hottenrott zu Heiligenstadt und dem Steuer-Inspector Gutheil zu Kirchhain den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Obersten z. D. Schönemann, bisher Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Marienburg) 8. Ostpreußischen Landwehr-Regiments Nr. 45 und dem Regierungs- und Baurath Meyer zu Bromberg den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Gefreiten Heinrich Schmidt im 3. Hannover'schen Infanterie-Regiment Nr. 79 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat die Appellations-Gerichtsräthe Paris in Cöslin und Dähnhardt in Kiel zu Ober-Tribunalsräthen ernannt und dem Ober-Gerichts-Secretär Neuburg in Hildesheim bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Dem Rechtsanwalt und Notar Kreis in Oschersleben ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Halberstadt gestattet worden.

Berlin, 7. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute Se. Königliche Hoheit den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz und Se. Durchlaucht den regierenden Fürsten Reuß j. L., und nahmen den Vortrag des Kriegs-Ministers, Generals der Infanterie von Kameke, und des Militär-Cabinets, sowie des Staats-Secretärs des Auswärtigen Amts, Staats-Ministers on Bülow, entgegen.

Gestern Abend wohnten Se. Majestät der Festvorstellung des Offizier-Musikvereins im Gebäude des hiesigen Architekten-Vereins bei und besichtigten demnächst das Ausstellungslocal in dem Vereinshause.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Augusta-Hospital. — Heute empfing Allerhöchstdieselbe Se. Königliche Hoheit den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, welcher zum Diner bei den Kaiserlichen Majestäten geladen wurde.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte gestern von 7 Uhr Abends ab einer Aufführung des Offizier-Musikvereins im Hause des Berliner Architekten-Vereins, Wilhelmstraße Nr 92, bei. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 7. Dec. [Die Rede Bismarcks. — Dementi. — Deutsche Auswanderer in Antwerpen.] Die Betrachtungen der Presse über die große politische Rede des Reichskanzlers bestätigen vollkommen den Eindruck, welcher sich aus den ersten Stimmen der Berliner Blätter herausstellte. Als ein gewichtiges Zeugniß des Eindrucks dieser Kundgebungen im Auslande aber kann man die „Independ. Belge" citiren, welcher man eine Voreingenommenheit zu Gunsten der deutschen Politik gewiß nicht zumuthen darf. Und sie constatirt mit dürren Worten, daß es dem Fürsten Bismarck gelungen sei, wie die Aeußerungen der gesammten Presse bewiesen, aller Welt zu genügen. Andererseits ist es gegenüber den so unumwundenen und eingehenden Erklärungen des Reichskanzlers über die Stellung der deutschen Politik zu den jetzigen Verwickelungen nicht ohne Interesse, die Aufmerksamkeit auf die fortgesetzten Bemühungen der französischen Presse zu richten, welche darauf ausgehen, Mißtrauen und Zwiespalt zwischen die befreundeten Mächte zu bringen. Wir haben schon bei den Kundgebungen gelegentlich der polnischen Frage daran erinnert, und jetzt giebt wieder ein Artikel der „Revue des deux mondes" aus der Feder des Herrn Valbert einen bemerkenswerthen Beitrag dazu. Der Artikel führt den Titel: „Die letzten Hoffnungen der Friedensfreunde", und richtet diese Hoffnungen vorzugsweise auf den Kaiser von Rußland und den Fürsten Gortschakoff, welche, nach Ansicht des Verfassers, durch schließliche Ueberlegung wohl dahin geführt werden dürften, von ihrem gefahrvollen Unternehmen abzustehen, und zwar besonders aus Besorgniß vor dem Verrath des Fürsten Bismarck. Derselbe sei nur bestrebt, Rußland in einen lang aussehenden, erschöpfenden Kampf hineinzutreiben und dann hinterher seine deutsche Politik auf Kosten Rußlands zu treiben. Kaiser Alexander wird dabei mit Göthes Fischer verglichen, welcher „von den betrügerischen Versprechungen einer Art Undine oder Sirene" verleitet wurde, sich in die Fluthen zu stürzen, womit Fürst Bismarck „mit seiner nervösen Beredsamkeit und deren magischer Reiz" gemeint sind. Das Ganze verdient nur als Symptom der Auffassung der öffentlichen Meinung Frankreichs Beachtung. — Aus einer Berliner Correspondenz hat sich die Mittheilung verbreitet, daß von Seiten der Ministerien des Innern und der Justiz Verfügungen wegen Behandlung der social-demokratischen Wahlagitationen ergangen seien. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, ist diese Nachricht vollständig grundlos. — Jüngst hatten wir gemeldet, daß die Behörden den Vorfällen in Antwerpen ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben. Durch die amtlichen Ermittelungen ist nun festgestellt worden, daß dort über 500 mittellose Auswanderer in gewissenlosester Weise und, wie es scheint, besonders durch einen katholischen Priester zur Auswanderung nach Venezuela oder Brasilien verlockt, in Antwerpen angekommen waren, aber aus Mangel an einer Schiffsgelegenheit nicht gleich weiter geschafft werden konnten und daher dem größten Elend anheim fielen. Es war noch ein weiterer Zuzug von angeblich 700 Auswanderern in Antwerpen erwartet worden und dieses hatte der belgischen Regierung Veranlassung gegeben, Vorkehrungen zu treffen, um Auswanderern, welche weder Ueberfahrtscontracte noch hinreichende Mittel zur Passage aufweisen, den Uebertritt über die belgische Grenze zu versagen. Unter der oben erwähnten Zahl von Auswanderern sollen angeblich 400 aus Westpreußen gekommen sein. Da das Treiben der Agenten sich aber jedenfalls auch über andere Gebiete des Staates erstreckt hat, so sind die Provinzialbehörden durch eine Verfügung der betheiligten Ressortminister veranlaßt worden, die Verbote der Auswanderung nach Brasilien und Venezuela den Localbehörden zur geneigten Beachtung in Erinnerung zu bringen. Außerdem ist darauf Bedacht genommen, das Publikum von dem Eintrittsverbot der belgischen Regierung in Kenntniß zu setzen.

= **Berlin**, 7. Decbr. [Das Gesetz über die Ausgleichsabgaben.] Der Bundesrath hat gestern das Gesetz über die Erhebung von Ausgleichungsabgaben in folgender Form angenommen: § 1. Wenn die Ausfuhr der nachstehend genannten Gegenstände: 1) Eisen und Stahl, ausgenommen Roheisen und altes Brucheisen, 2) ganz grobe und grobe Eisen- und Stahlwaaren, 3) Maschinen, überwiegend aus Eisen und Stahl, 4) Zucker in einem andern Lande thatsächlich durch Ausfuhrprämien begünstigt wird, so können diese Gegenstände durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet mit einer Ausgleichungs-Abgabe belegt werden. — § 2. Die Ausgleichungs-Abgabe darf den Betrag der Ausfuhrprämie nicht übersteigen. — § 3. Die Erhebung der Ausgleichungsabgabe kann entweder für die Erzeugnisse eines bestimmten Landes oder ohne Rücksicht auf den Ursprung der eingehenden Waaren für alle oder bestimmte Grenzstrecken angeordnet werden. — § 4. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Eingangszölle finden auch auf die Ausgleichungs-Abgaben Anwendung. — § 5. Eine auf Grund des § 1 erlassene Kaiserliche Verordnung ist außer Kraft zu setzen, wenn und in so weit die Veranlassung zur Einführung der Ausgleichungs-Abgabe fortgefallen ist. — § 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt seiner Verkündigung durch das Reichsgesetzblatt in Wirksamkeit. — Es sind noch die Motive für den Reichstag auszuarbeiten und ist daher die Ueberweisung der Vorlage an letzteren verzögert worden.

[Das hiesige königliche Stadtgericht,] Abtheilung für Untersuchungssachen, hat soeben hinter dem einstweilig in den Ruhestand versetzten Legationssecretär Freiherrn Otto v. Loë und dem Redacteur Heinrich Carl Joachim Gehlsen, gegen welche die gerichtliche Haft wegen wiederholter Beleidigung und Verleumdung beschlossen worden ist, Steckbriefe erlassen.

Mainz, 6. Dec. [Die Redaction des „Mainzer Journals"] hatte in einem Artikel, „Politische Plaudereien" betitelt, den altkatholischen Bischof Reinkens durch eine unwahre Behauptung beleidigt. Dem Blatte wurde dieserhalb eine Berichtigung zugesendet, die Redaction verweigerte jedoch deren Aufnahme. In der heutigen Sitzung des Polizei-Gerichts wurde der Redacteur, Herr Rachor, der sich geweigert, die Berichtigung aufzunehmen, zu einer Haft von acht Tagen verurtheilt.

Mannheim, 3. Decbr. [Ein merkwürdiger Proceß] gelangte kürzlich vor dem Mannheimer Oberhofgericht zur Verhandlung. Während des Krieges hatte, wie früher schon mehrfach erwähnt, die deutsche Occupationsregierung in einem, nach dem Frieden wieder zu Frankreich geschlagenen Theile Lothringens große Holzmassen aus französischen Staatswaldungen an mehrere deutsche Unternehmer verkauft, welche ihrerseits wiederum die Berechtigung, jene Hölzer schlagen zu lassen, an den Kaufmann Hatzfeld in Nancy gegen eine hohe Summe cedirten. Hatzfeld hatte einen Theil derselben sogleich erlegt, weigerte sich aber, den Rest zu zahlen, da er, nachdem die Deutschen den occupirten Landstrich wieder geräumt hatten, durch die französische Regierung gehindert worden war, das Holz schlagen zu lassen. Hatzfeld klagte nunmehr gegen die deutschen Unternehmer, zwei Mannheimer Firmen, welche in Nancy vorübergehend Domicil genommen, auf Herausgabe der von ihm gezahlten Summe, die Mannheimer gleichzeitig gegen Hatzfeld auf Zahlung der Restsumme. Die beiden Gerichtshöfe in Nancy entschieden zu Gunsten Hatzfeld's; sie gingen von der Annahme aus, daß die deutsche Occupationsregierung durchaus nicht berechtigt gewesen sei, aus französischen Staatsforsten Hölzer zu verkaufen, daß der geschehene Verkauf eine fremde Sache betroffen habe und somit ungiltig sei, und verurtheilten die Mannheimer Kaufleute zur Herausgabe der bereits bezogenen, mehrere hunderttausend Franken betragenden Abschlagszahlung, sowie zum Schadenersatz. Nach einem zwischen Baden und Frankreich abgeschlossenen Staatsvertrag von 1846 müssen nun Urtheile, welche von den zuständigen Gerichten eines dieser Länder erlassen sind, vollstreckt werden. Auf Grund dieses Vertrages wandte sich Hatzfeld alsbald an das Mannheimer Kreis- und Hofgericht mit dem Gesuche, das Urtheil des Appellgerichtes in Nancy für vollstreckbar zu erklären, allein sowohl dieser Gerichtshof wie das Oberhofgericht versagten den Vollzug des französischen Urtheils, von den Erwägungen ausgehend, daß sie berechtigt seien, jenen Staatsvertrag wie jedes Gesetz zu interpretiren, daß dieser Staatsvertrag aber nicht bezwecke, die Rechtsgiltigkeit einer von inländischen Behörden, denen die deutsche Occupationsregierung gleichgestellt sei, ausgegangenen Verwaltungshandlung der Prüfung und dem Urtheile eines ausländischen Gerichts zu unterstellen, daß sonach der hier vorliegende Proceß nicht zu den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gerechnet werde (nur auf solche beziehe sich jener Vertrag), und auch von einer Vollstreckbarkeit des fremden Urtheils hier keine Rede sein könne. — Der Proceß ist hiermit beendigt.

Oesterreich.

*** **Wien**, 6. Decbr. [Der Beginn der Budgetdebatte und die Bankfrage.] Wie Giskra die Sequestrirung der Lemberg-Czernowitzer Bahn und damit seiner eigenen fetten Verwaltungsraths-Sinecure, so hat Skene, mit tausendmal größerem Rechte die Auflösung seines Consortiums für Lieferung von Militärbekleidungsgegenständen an der Regierung zu rächen. Außerdem verfolgt er als Tuch- und Zuckerfabrikant den sehr positiven Zweck, durch Rückkehr zur vormärzlichen Prohibition ein tüchtiges Stück Geld auf Kosten der Consumenten einzuheimsen. Er weiß also sehr genau, was er thut, wenn er in seiner heutigen Rede bei der Generaldebatte über das Budget sagte: „wenn man so weit gekommen, wenn man solche Proben abgelegt von Glück und Begabung, dann scheint mir das Beste zu sein, daß das Ministerium geht; ich wünsche, daß es sobald als möglich geht . . . ich bin der Ansicht, daß der größte Dienst, den das Ministerium dem Lande leisten kann, der ist, sobald als möglich zurückzutreten." Aber abgesehen von diesen persönlichen Motiven steht Skene an der Spitze einer 70 Köpfe starken Partei der „Unabhängigen", der „regierungsfähigen Opposition", wie sie sich selber betitelt. Diese Fraction fällt mit ihrer numerischen Stärke um so schwerer in die Waagschale, als die tiefe Verbitterung gegen Ungarn und die Bankpolitik der Regierung die Phalanx der ministeriellen Verfassungspartei mehr und mehr erschüttert, so daß die Zersetzung zu Gunsten des Fortschritts-Clubs im Club der Linken und selbst des gouvernementalen Großgrundbesitzer-Centrums immer wieder um sich greift. Allein die Hauptsache ist, daß es dem Redner auch nicht an sachlichen Argumenten fehlt, die der Gesammtbevölkerung so recht aus dem Herzen gesprochen sind. „Der Dualismus, meinte er, sei ein Experiment, das seine Probe noch zu bestehen und bisher nur eine stets wachsende Verbitterung beider Reichshälften gegeneinander zur Folge gehabt habe. Erträglich sei er jedenfalls nur dann, wenn jeder der beiden Staaten eine Regierung habe, die seine Interessen mit allen Consequenzen vertrete. Ungarn habe stets das Glück gehabt, ein solches Ministerium zu besitzen; um so schlimmer aber seien wir daran gewesen, weil unsere Minister sich stets nur in der bescheidenen Rolle von Unterstaatssecretären gefühlt, niemals unsere Interessen in erste Linie gestellt, sondern sich oft dazu hätten bewegen lassen, uns für Dinge zu gewinnen, die unseren Interessen geradezu widersprachen — kurz, statt Vertreter der Erblande, Vermittler für die Ungarn gewesen wären. So sei das gegenwärtige Cabinet von Concession zu Concession gelangt, bis es das Bewußtsein seiner Aufgabe so vollständig verloren, daß es mit diesem Monstrum von Bankstatut an den Reichsrath heranzutreten gewagt. Graf Andrassy mußte nach Berlin, darum hat man unterschrieben! Nun, unseren Wohlstand dem Grafen als Reisegeld mitgeben, das ist mir ein zu hoher Preis!" schloß Skene — und dies Dictum wird ein noch lauteres Echo im Lande finden, wie vor einem Decennium jedes andere geflügelte Wort Skena's, das er der Drohung des Fürsten Carlos Auersperg mit dem Rücktritte des Bürger-Ministeriums, wenn das Haus den finanziellen Ausgleich mit Ungarn nicht acceptire, entgegensetzte: „fünf Millionen ist gar kein Ministerium der Welt werth!" Bei alledem giebt es gar kein sicheres Mittel, die sachlichen Zwecke, die Skene verfolgt, gründlich zu verfehlen, als wenn der Redner und Parteiführer in diesem Moment seine vollauf berechtigte Opposition gegen das Monstrum von einem Bankstatut, die gar nicht scharf genug gedacht werden kann, in ein „fort mit diesem Ministerium" zuspitzt. Man erwäge, daß die Differenzen in Pest zu einem haarscharfen „Entweder-Oder" zugespitzt sind, dessen Entscheidung in der Hand des Kaisers liegt; daß diese Entscheidung nur deshalb durch neue Unterhandlungen hinausgeschleppt werden soll, weil die Motive des Conflicts viel zu tief liegen, um durch einen bloßen Cabinetswechsel oder eine Parlamentsauflösung beeinflußt zu werden, und weil zu einem radicaleren Griffe die auswärtige Situation kaum angethan ist. Dann bedenke man, was es heißt, wenn in solchem Momente, während ganz Ungarn einig hinter Tisza steht, die Verfassungspartei ruft: „Fort mit dem Ministerium Auersperg!" Das ist der gerade Weg, einen neuen Triumph der Magyaren vorzubereiten; und auch die „regierungsfähige Opposition" würde bald genug das „sic vos, non vobis" zu kosten bekommen. Das bestehende Cabinet, gestützt auf das Sonntags-Votum der Verfassungspartei — das ist das Zeichen, in dem wir siegen müssen!

Prag, 7. Decbr. [Wegen der in diesen Tagen stattgehabten Studenten-Excesse] sind 8 Studenten und 6 Maler-Akademiker polizeilich bestraft, ein Student ist dem Landesgerichte zur Aburtheilung überwiesen worden. Der heutige Tag ist ohne jede Störung vorübergegangen.

Großbritannien.

A.A.C. **London**, 5. Decbr. [John Bright] hielt am Montag vor seinen Wählern in Birmingham eine Rede über die orientalische Frage. Er bemerkte u. A.:

„Einige Autoritäten sagten uns, wir ständen am Rande des großen Unglücks, welches die Menschen „Krieg" nennen. Diese Autoritäten fügten hinzu, wir thäten am besten daran, kein Wort zu sprechen und Alles Ihrer Majestät Regierung zu überlassen. Ich habe zuweilen geglaubt, die Regierung sei eher zu sehr zu Gunsten des Friedens, da sie bereit ist, demselben die Glückseligkeit und Freiheit vieler Millionen von Christen sowie den Ruf und die Ehre Englands zu opfern, und alles dies um einer Theilnehmerschaft mit der verruchtesten Regierung auf Gottes Erdboden Willen. (Laute Cheers.) Ich glaube, sämmtliche Nationen Europa's hegen vollkommen freundschaftliche Gefühle gegen uns. Wie kommt es also, daß dieses Meeting unter der Besorgniß eines Krieges gehalten wird? Es wäre gegen die menschliche Natur, wenn die Russen nicht mit ihren Glaubensgenossen sympathisirten, und doch unterstützen wir die Türkei gegen die angeblichen Pläne Rußlands." (Pfui.)

Nach einem Hinweis auf den 9. Artikel des Pariser Vertrages, demzufolge, wie er argumentirte, das Schein-Protectorat der vereinigten Mächte über die orientalischen Christen durch das wirkliche Protectorat Rußlands ersetzt wurde, fuhr Bright fort:

„Rußland besteht nunmehr darauf, daß die Christen einen Freund haben sollen. Wozu der Alarm wegen Rußland? Unsere Regierung glaubt, unser Uebergewicht im Mittelmeer und unsere Straße nach Indien würden in Gefahr stehen, behelligt zu werden, wenn russische Schiffe aus dem Schwarzen Meere durch die Dardanellen fahren. Die Idee ist lächerlich, daß den englischen Interessen durch die Anwesenheit einer russischen Flotte im Mittelmeer irgendwelche Gefahr drohe. Die Schiffe anderer Nationen werden daselbst geduldet und der Himmel wird nicht einstürzen, wenn auch Rußland der Zutritt gestattet wird. Die russische Flotte wird durch Frost verhindert, die Ostsee während des halben Jahres zu verlassen, und während des ganzen Jahres darf sie nicht die Dardanellen passiren, weil die Türkei den Schlüssel dazu für England in Verwahrung hält. Wäre England in einer ähnlichen Lage, würde die einmüthige Stimme der Nation das Recht beanspruchen, daß seine Schiffe in das Mittelmeer einlaufen können. Unsere Regierung glaubt auch, daß, wenn der Türke aus Konstantinopel hinausgehe, der Russe hereinkommen würde, und demnach werden wir zu der fürchterlichen Alternative getrieben, den Türken und seine Religion unter-

stützen zu müssen. Einfach darum, um die Einfahrt russischer Schiffe aus einem Meere in das andere zu verhindern, geben wir Bethlehem und den Cavalierberg auf." Im Weiteren mißbilligte Bright die Politik des Krimkrieges. Dieser Kampf habe die Türkei nicht dauernd gestärkt. Würde es vereinbar mit Weisheit und Gerechtigkeit sein, zur Politik von 1854 zurückzukehren? (Rufe: „Nimmermehr.") Die Türkei leide seit den letzten 20 Jahren an zunehmender Lähmung, und es sei nicht wahrscheinlich, daß sie davon genesen würde. Englands Pflicht sei es, die Türkei sich selber zu überlassen. Lasse England sich auf einen Krieg ein, würde es keinen anderen Bundesgenossen als die Türkei haben. England genieße große Freiheiten und sei in gewissem Sinne die Mutter freier Handlungen, und warum sollte England eine so verruchte Tyrannei unterstützen, wie die, welche sei Jahrhunderten die schönsten Landstriche verheert habe? (Lauter Beifall.)

Das Meeting nahm sodann durch Acclamation folgende Resolution an:

„Dieses Meeting protestirt gegen die in der jüngsten Rede des Premier-Ministers gebrauchte zündende Sprache als dazu angethan, dieses Land in einen unnöthigen Krieg zu verwickeln, und ist der Meinung, es sei die gebieterische Pflicht der Regierung, im herzlichen und aufrichtigen Einvernehmen mit Rußland und anderen Großmächten die Unabhängigkeit jener Provinzen der europäischen Türkei herbeizuführen, welche durch die drückende Herrschaft der Pforte so lange gelitten haben."

Gleichzeitig wurde eine Deputation ernannt, welche den Verhandlungen der am nächsten Freitag in London stattfindenden „National-Conferenz" beiwohnen soll.

[Der Executiv-Ausschuß des Cobden-Clubs] hat beschlossen, eine neue Auflage von Cobden's bekannter Abhandlung über England und Rußland herauszugeben, da er der Ansicht ist, daß diese Schrift einigen Einfluß auf die öffentliche Meinung in der gegenwärtigen Krisis ausüben dürfte.

[Ein sehr stürmisches Meeting über die orientalische Frage] fand gestern in Manchester unter dem Vorsitz des Bürgermeisters statt. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche erklärte, England möge im Einvernehmen mit den anderen Mächten und insbesondere mit Rußland die Erlösung der bedrückten Provinzen von der directen Herrschaft der Türkei herbeiführen. Gleichzeitig wurden Delegirte ernannt, welche Manchester bei der am 8. d. Mts. in London abzuhaltenden National-Conferenz repräsentiren sollen.

[Zur National-Conferenz.] An den Verhandlungen der am nächsten Freitag in der St. James Hall zusammentretenden National-Conferenz zur Besprechung der orientalischen Frage wird sich auf besonderes Ersuchen des Conferenz-Comite's auch Herr Gladstone betheiligen.

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau**, 8. Decbr. [Breslauer Gewerbe-Verein.] In der letzten Versammlung hielt Gewerbeschul-Director Nöggerath aus Brieg einen Vortrag über den Standpunkt der deutschen Industrie. Die Industrie eines Landes hänge, wie Redner ausführt, von dreierlei ab, von dem Vorhandensein der Rohstoffe und des Capitals, von der Geschicklichkeit der Arbeiter und von dem Absatzgebiet. Speciell auf die deutsche Industrie übergehend, wies Redner nach, wie der gegenwärtige Standpunkt unserer Industrie sich geschichtlich entwickelt habe, wie im Mittelalter zur Zeit der Selbstständigkeit des Deutschen Reiches eine dem Deutschen eigenthümliche Kunst und Industrie geblüht, habe, wie aber die Entdeckung Amerika's und das Aufblühen des Handels in anderen Staaten einerseits, der 30jährige Krieg andererseits die deutsche Geschicklichkeit geschädigt haben, wie durch den Uebergang der Bauern in Hörige, der freien Bürger in abhängige, der gesunde Boden einer Industrie verloren ging. Dadurch, daß im vorigen Jahrhundert Beamtenthum und Militair die Kräfte zu sehr absorbirte, und der rastlose deutsche Geist in der Literatur sich ganz dem Idealismus hingab und nichts für die Industrie that, waren wir am Anfange dieses Jahrhunderts wohl in der Lage, sehr viel zu wissen, aber wenig zu können. Wir suchten deshalb nachzuahmen, aber es fehlten uns die Menschen. So entwickelt sich in Deutschland keine selbstständige Kunst und Industrie, wie wir dies bei der Baukunst und bei verschiedenen Industriezweigen sehen können. Nur eine Industrie konnte sich, weil sie nicht eingeengt war durch das Heer der Beamten, frei entwickeln. Dies ist die chemische, die auf allen Ausstellungen bis in die neueste Zeit sich die Ruhmeskrone erworben hat. Im Maschinenbau war zwar auch keine fesselnde Einengung vorhanden und sie hätte sich frei entwickeln können, aber verschiedene Verhältnisse haben dies gehindert. — Wie ist dem abzuhelfen? Diese Frage beantwortet der Vrrtragende dahin, daß man an den der Industrie bestimmten Schülern Alles zu wissenschaftlich aufgefaßt hat, so daß Franzosen sagen, die Deutschen sind so gescheut, daß man sie gar nicht brauchen kann. Deshalb sieht der Vortragende auch kein Heil in der Vermehrung gewerblicher Fortbildungs-Anstalten, besonders wenn man bei Anstellung von Lehrern nur auf ihr Wissen Rücksicht nimmt. Technische Kenntnisse lassen sich nicht allein durch Vortrag verschaffen, die praktische Thätigkeit ist die Hauptsache, der technische Charakter muß sich als das Wichtigste durch den Unterricht ziehen. Sehe man nicht gerade darauf, so schaffe man Schulen, die in keiner Weise mehr, wie andere Schulen, zur Hebung der Industrie beitragen. Wie sehr man viel zu theoretisch gebildet sei, beweise auch die Ansicht gewisser Techniker, nach der kein großer Guß (Wöhlert'sche Maschine im Breslauer Wasserhebewerk) ohne Löcher geliefert werden könne, eine Ansicht, die ebenso durchlöchert sei, wie jene Maschinen. Es fehlen uns ferner Centralstellen, wo Motive geprüft, Gutachten abgegeben werden können 2c. Bezüglich der Absatzwege dürfen die Behörden, wie Redner ausführt, nicht karg sein. Freihandel sei einerseits nur möglich, wenn die Verkehrswege sehr zahlreich sind, andererseits, wenn die von der Natur berechtigte Industrie eines Landes nicht geschädigt werde. Industriezweige werden an gewissen Punkten localisirt. An den Rändern dieser Industriegebiete bildet sich eine Feinindustrie und diese kann nicht bestehen, wenn das Herz nicht gesund ist. Der Vortragende schloß mit dem Wunsche, daß die deutsche Industrie sich recht bald heben möge und sprach die Zuversicht aus, daß dieser Wunsch, wenn auch nicht in kürzester Zeit, so doch in Erfüllung gehen werde. — Die Versammlung sprach durch Erheben von den Plätzen dem Redner ihren Dank aus. Im Anschluß an diesen Vortrag entwickelte sich eine Debatte insbesondere über Handwerker-Fortbildungsschulen, an der sich die Herren: May, Dr. Fiedler, Kimbel, Sanitätsrath Dr. Holtze (Kattowitz) betheiligten. Letzterer betonte, daß man in den erwähnten Schulen viel zu viel Zeit auf die Wiederholung des Elementaren verwende, so daß die Lehrlinge sich in ihre erste Schulzeit versetzt fühlen. Dadurch entstehe eine gewisse Unlust. Man müsse mehr auf Weiterbildung sehen. Ingenieur Nippert beantragt: „Der Schlesische Central-Gewerbe-Verein und „der Breslauer Gewerbe-Verein" sollen von Neuem bei den maßgebenden Behörden in Betreff der Reorganisation der Handwerker-Fortbildungs-Schulen vorstellig werden. Apotheker Müller beantragt, der Breslauer Gewerbe-Verein solle selbstständig vorgehen und zunächst in Breslau eine Reorganisation dieser Schulen zu erwirken streben. — Nach einer längeren Debatte wird der Müller'sche Antrag in der Form angenommen, daß der Vorstand des Breslauer Gewerbevereins eine Commission erwählen soll, welche die Organisation der gewerblichen Fortbildungsschulen berathen und ev. bei den Behörden entsprechende Anträge stellen soll. — Von Herrn Kimbel liegen 3 Anträge vor: 1) der Vorstand möge sich bemühen, eine sachkundige Person zu Vorträgen zu gewinnen, welche dem Kleinhandwerker über gewisse Vorkommnisse im Gewerbe juridische Belehrung geben; 2) der Verein soll öffentlich im Interesse unserer Industrie einen Aufruf an diejenigen erlassen, welche sich bei der Pariser Ausstellung betheiligen wollen. Das Resultat solle der Behörde übermittelt werden; 3) der Verein möge bei der Commission des neuen Museums vorstellig werden, dieselbe möge zur Aufstellung bedeutender heimathlicher Industriestücke Räumlichkeiten reserviren, um dadurch den Ehrgeiz anzuregen. Nach einer Mittheilung des Vereinssecretärs, Herrn Dr. Beblo, ist der 1. Antrag dadurch erledigt, daß der Vorstand die diesbezüglichen Schritte gethan hat. Antrag 2. und 3 werden dem Vorstande zur Beschlußfassung überwiesen. — Mechanikus Thomas (Firma: Thomas und Lägel, Klosterstr. 42) legte einige neue, sehr praktische Schlüsselringe vor, die das Interesse der zahlreichen Anwesenden in hohem Grade erregten. — Universitäts-Mechanikus Pinzger zeigte eine von ihm verfertigte Luftpumpe, ganz ähnlich derjenigen, welcher zur Ausstellung wissenschaftlicher Apparate nach London geschickt hat. Dieselbe kann sowohl zur Evacuation als zur Compression der Luft verwendet werden. Die damit angestellten gelungenen Versuche zeigten, mit welche er Accuratesse das Instrument gearbeitet ist. — Eine Frage, betreffend die Reinigung von Spiritus-Lack, wurde durch Herrn Müller beantwortet.

8 **Breslau**, 7. Dec. [Schwurgericht. — Wiederholter Straßenraub. — Wissentlicher Meineid.] Am 10. Juni d. J. ging der Arbeiter Friedrich Spaniol von der Arbeit im Dorfe Groß-Tabor nach seinem Heimathsorte Rogacyce. Auf dem Felde traf er den ihm persönlich bekannten Arbeiter Joseph Suppa aus Klein-Tabor. Spaniol hatte von seinem an jenem Nachmittage zur Auszahlung gelangten Arbeitslohn noch 1 Thlr. 14 Sgr. Bereits etwas angetrunken verlangte er von Suppa, der eine Flasche neben sich stehen hatte, Branntwein zu trinken. Die Flasche war aber leer. Spaniol gab deshalb 1 Sgr. und holte Suppa hierfür Branntwein, den sie zusammen tranken. Die Arbeitszeit Suppas hatte inzwischen ihr Ende erreicht und begaben sich Beide in das Wirthshaus des Dorfes. Nachdem sie hier noch einige Zeit auf Kosten des Spaniol getrunken, schlief dieser ein. Hierbei will er bemerkt haben, daß Suppa ihm die Taschen visitirte und dabei äußerte: „Donnerwetter, der Kerl hat sich gerühmt, Geld zu haben, und hat doch keins." Wie Spaniol weiter angiebt, hatte er schon vorher in der Muthmaßung, Suppa könnte ihm das Geld nehmen, sein Portemonnaie in den Stiefelschaft gesteckt. Als sich Spaniol wieder ermunterte, trat er den Heimweg an, begleitet von Suppa. Kaum 100 Schritt von Tabor entfernt, soll ihn Letzterer gepackt, zu Boden geworfen und, indem er sein Taschenmesser aufmachte, gesagt haben: „Hundeblut, gieb mir das Geld, Kerl, Du mußt Geld haben." Aus Furcht, daß ihn Suppa erstechen würde, zog Spaniol den Stiefel aus. Kaum war derselbe halb vom Fuße, so entriß Suppa den Stiefel mit dem Gelde, versetzte dem Spaniol noch einen Faustschlag auf den Kopf und entfloh. — Suppa, deshalb unter der Anklage des wiederholten Straßenraubes vor den Herren Geschworenen, bestreitet das ihm zur Last gelegte Verbrechen. Spaniol hätte schon im Wirthshaus in der Trunkenheit das Portemonaie verloren und sei darüber zwischen ihnen unterwegs Streit entstanden, in dessen Verlaufe sie sich packten und Beide hinfielen. Der Inlieger Carl Irsak hat von dem Fenster seiner Wohnung aus bemerkt, wie sich die Beiden herumstritten, ihm war es auffällig, daß schließlich Suppa entfloh. Spaniol will sich trotz seiner damaligen Trunkenheit noch genau auf Entwendung des Stiefels und Geldes besinnen und bestreitet, das Geld im Wirthshause verloren zu haben. Die Geschworenen sprechen den Angeklagten des Raubes am Gelde schuldig, bewilligen ihm aber, entsprechend dem Antrage des Straatsanwalts Herrn Rentwig aus Wohlau, mildernde Umstände. Der Gerichtshof erkennt wegen Straßenraub nach § 250 al. 3 des Strafgesetzes auf 2 Jahr Gefängniß und 3 Jahr Ehrverlust.

Der Bäckermeister August Pätzold aus Breslau, 36 Jahr alt und bisher unbestraft, steht unter der Anklage des wissentlichen Meineids. Derselbe hatte vom Jahre 1872 bis 1874 der verehelichten Schuhmachermeister Mährfort für deren Brot- und Semmel-Handel die nöthigen Backwaaren geliefert. Da die Mährfort, welche sonst unregelmäßig bezahlte, aber doch von Zeit zu Zeit ihr Conto vollständig ausglich, im April und Mai 1874 fast gar nichts gezahlt hatte, so verweigerte Pätzold die fernere Lieferung und klagte im Jahre 1875 seine rechnungsmäßig aufgestellte Forderung und zwar für Backwaaren, welche vom 27. April bis 10. Mai 1874 geliefert worden sind, in Höhe von 23 Thlr. 20 Sgr. ein. Die Verklagte erhob den Einwand, sie habe ihm im Mai 1874 auf diese Schuld bereits 11 Thlr. 15 Sgr. in drei Raten gezahlt. Pätzold leistete dagegen unterm 27. Januar 1876 einen Eid, „daß er im Mai 1874 nichts auf die eingeklagte Forderung erhalten." Nunmehr denuncirte die Mährfort wegen Meineid und beschwor in der deshalb eröffneten Voruntersuchung ihre frühere Behauptung, berief sich auch betreffs der Zahlung von 5 Thlr. auf das Zeugniß des damaligen Lehrburschen von Pätzold, sowie seiner Ladenschleußerin und der Nachbarin Modler. Die ersteren Beiden bekundeten eidlich, Anfang Mai 1874 fünf Thaler von der M. für Backwaaren erhalten und dieselben auch an Pätzold abgeliefert zu haben. Es sei dies bei Ablieferung von Semmel geschehen und die Lieferung dann noch einige Tage fortgesetzt worden. Für welche Wochenrechnung jenes Geld gezahlt wurde, vermag keiner der Zeugen anzugeben. Dagegen bekundet die Mährfort, jene 5 Thlr. wurden erst gezahlt, als die Semmellieferung längst aufgehört hatte und war dies eine Abschlagszahlung auf die später eingeklagte Forderung. Der Staatsanwalt erklärt sich bei diesem Widerspruch in den Zeugenaussagen außer Stande, die Anklage aufrecht zu erhalten und beantragt das Nichtschuldig. Der Zeugin Mährfort, von der bekundet worden, daß sie stets unregelmäßig bezahlte, könne man allein nicht Glauben beimessen, indem wohl anzunehmen sei, dieselbe könne sich nach zwei Jahren in ihren Angaben irren. Die Geschworenen kehren nach wenigen Minuten in den Saal zurück und verkünden das Nichtschuldig. Der Angeklagte — der nicht verhaftet gewesen — wird freigesprochen und verläßt, von seinen Freunden beglückwünscht, den Gerichtssaal.

Ŏ **Bunzlau**, 6 Dec. [Ein Schwindler.] Heut versuchte ein feiner Schwindler unsern Ort zum Platze seiner Thätigkeit zu machen. Es war dies ein gutgekleideter junger Mann, der bei dem Vorstande des hiesigen Feuer-Rettungs-Vereins erschien und um eine Reiseunterstützung schriftlich bat, denn er gab sich für taubstumm aus. Seine Papiere bezeichneten ihn als einen Zahntechniker Schiller aus Zürich, der in Danzig in Condition gestanden und bei einem dortigen Theaterbrande so verunglückt sein sollte, daß er lange krank gelegen und Sprache und Gehör verloren habe. Von Seiten des Vorstandes war man anfänglich bereit, ihm die Unterstützung zu gewähren, indeß wollte man sich erst über seine Person vergewissern, weshalb nach Danzig telegraphirt werden sollte. Diese Absicht mochte dem Schwindler unbequem sein, denn nach dem Mittagstisch, den er bei dem gutherzigen Vorsteher genossen, entfernte er sich um frische Luft zu schöpfen. Er lenkte seine Schritte sogleich nach dem Bahnhofe und löste sich ein Billet für den nächsten Zug. Der Vorsteher des Vereins mochte das Vorhaben des Gauners geahnt haben, denn er begab sich auch auf den Bahnhof und erfuhr hier, daß er am Billetschalte Sprache und Gehör wieder erlangt hatte. Der falsche Feuerwehrmann sollte nun auf Verlangen des Vorstehers festgenommen werden. Ehe es indeß dazu kommen konnte, hatte der Schwindler im Gedränge einen Ausweg über die Umzäunung des Bahnhofes gefunden und war verschwunden. Möge dieser Fall andere Vereine zur Vorsicht mahnen.

J P. **Aus der Grafschaft Glatz**, 6. Decbr. [Zum Verkehr. — Versuchter Selbstmord. — Anfall.] Den 15. d. Mts. soll endlich einmal die zwischen den Stationen Glatz und Habelschwerdt gelegene Haltestelle Rengersdorf für den Personen- und Güterverkehr eröffnet werden. — Gestern Mittag versuchte in Glatz der Schuhmachergeselle Schwabe sich zu erschießen. Obgleich er zwei Schüsse gegen das Herz abgefeuert, ist dasselbe doch unverletzt geblieben. Das Terzerol soll nur schwach mit Rehposten und Bleistücken geladen gewesen sein. — Am Sonntag Abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde der Vorwerksbesitzer und Rathsherr Herr Hauptmann a. D. Janeba auf dem Wege von der Stadt nach seiner auf der „Quergasse" gelegenen Behausung von einem Soldaten unvermuthet angefallen. Da in demselben Augenblick sich andere Personen dem Platz näherten, ergriff der Soldat die Flucht. Als Herr Janeba wieder ein Stück gegangen, wurde er von demselben Soldaten, der einen Vorsprung gewonnen und sich hinter einem Baume versteckt hatte, zum zweiten Male angefallen und mit der blanken Säbelklinge dergestalt auf den linken Arm gehauen, daß — hätte denselben nicht der sechsfach zusammengelegte Plaid geschützt — der Arm, wenn nicht durchgehauen, so doch arg verletzt worden wäre, denn der Hieb war durch drei Lagen des Plaids gedrungen. Herr Janeba versuchte nun mit dem Regenschirm sich zu wehren, der Soldat aber ergriff wiederum sofort die Flucht, zumal ein Gefreiter desselben Regiments hinzutrat und Herrn Janeba Schutz und Hilfe anbot.

⊙ **Beuthen OS.**, 6. Decbr. [Zur Tageschronik.] Nachdem der Durchbruch des nach der Dyngosstraße zu belegenen Theiles der Hohenzollernstraße erfolgt ist und die milde Witterung es gestattet, mit den weiteren Regulirungsarbeiten fortzufahren, dürfte in nicht allzulanger Zeit eine bislang nur Fußgängern zugängliche Passage, auch für den Wagenverkehr eröffnet sein. Durch die Beseitigung verschiedener alter Baulichkeiten erhält namentlich die Dyngosstraße in dieser Gegend eine neue Physiognomie, sowie selbstredend von der Gymnasialstraße aus der Anblick ebenfalls ein freierer geworden ist. Bemerkenswerth bleibt es dabei, daß in der Gymnasialstraße und in der angrenzenden Strecke der Kaiserstraße die Baulust anscheinend vollständig ruht, während bei der Nähe der beiden Bahnhöfe, der Post, des Gymnasiums 2c. solide Wohnungen gewiß gern Absatz finden würden. — Das am Sonntag auf Veranlassung des hiesigen Frauen-Vereins zum Zweck einer Weihnachtseinbescheerung für arme Kinder stattgefundene Concert und Theater ist zahlreich besucht gewesen und hat sonach neben den ansprechenden Leistungen auch die Erwartungen eines pecuniären Erfolges erfüllt.

⊙ **Lipine**, 6. Decbr. [Krieger-Verein. — Straßenbeleuchtung.] Am 3. d. Mts. erfolgte die Constituirung eines Krieger-Vereins. Es erfolgten 136 Beitrittserklärungen. Als Vorstand wurde gewählt: Maschinen-Inspector Freudenberg-Lipine, Vorsitzender; Bahnhof-Inspector Herfort-Morgenroth, Stellvertreter; Walzwerk-Inspector Biebrach-Lipine, Rechnungsführer; Steiger Ermisch-Lipine, Stellvertreter; Post-Secretär Maiwald-Morgenroth, Schriftführer; und Hütten-Verwalter Kawka-Lipine, Stellvertreter. Außer Genannten gehören noch Berg-Inspector (Premier-Lieutenant) Ritter und Obermeister (Lieutenant) Beck, beide von hier, eo ipso dem Vorstande als Landwehr-Offiziere an. Zum Hauptmann wurde Berg-Inspector Ritter ernannt. Gleichzeitig fand auch eine Wahl von Vertrauensmännern statt und werden als solche Spediteur Kaiser für Morgenroth, Hausmeister Weigelt für Piasniki, Aufseher Przewodnik und Zimmermann Smolke für Lipine fungiren. Von dem General-Director der Schlesischen Actien-Gesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Herrn Bergrath Scherbening hierselbst, ist dem Verein ein Geschenk von 300 Mark für den Fall seiner Lebensfähigkeit definitiv in Aussicht gestellt. — Seit Kürzem werden die Straßen unseres Ortes durch einige Petroleumlampen des Nachts spärlich erleuchtet. Kann diese Straßenbeleuchtung auch keinen Anspruch auf das Prädicat „ausreichend" erheben, so ist doch immerhin ein erster Schritt gethan, dem hoffentlich bald weitere auf diesem Wege folgen werden.

Lublinitz, 6. Decbr. [Zur Tageschronik.] Seit einigen Wochen herrscht hier die Masernkrankheit. Unter den Schulkindern ist in den unteren Klassen der Stand der Erkrankungen an den Masern am ungünstigsten; ein etwaiges Schließen des Schulunterrichts würde daher wohl nur in den 3 untersten Klassen erfolgen. — Bei der letzten Stadtverordnetenwahl ist nicht Fleischermeister Jablonka, sondern Fleischermeister J. Potrawa nicht wiedergewählt worden; ersterer war und ist noch gegenwärtig Stadtverordneter. — Ein prächtiges Exemplar von einem „schweißenden" Hirsche (höchst wahrscheinlich ein polnischer Ueberläufer) flüchtete sich dieser Tage, von Bauernhunden verfolgt, in ein Bauerngehöft eines an Koschentin, hiesigen Kreises, angrenzenden Dorfes. Die Hausbewohner wurden deßhalb ob dieses „hohen" Gastes in einen nicht geringen Schrecken versetzt, indem man schon den „Leibhaftigen" auf dem Halse zu haben wähnte. Das stärkere Geschlecht — der Bauer — erkannte aber sofort die richtige Situation, schloß hinter dem noch nie dagewesenen Gaste das Thor zu und begab sich sofort nach Koschentin, um daselbst an compententer Stelle das Vorgefallene zu melden. Der Prinzliche Hausmeister, Herr Prier, begab sich nun alsbald „mit dem Pfeil und Bogen" in Begleitung eines zufällig gerade disponiblen Forstbeamten in jenes Gehöft und — da es um 3 Uhr nach Mitternacht noch stockfinster war — wurde eine Laterne angesteckt, bei welcher der Hirsch geschossen und abgefangen wurde. — Eine Bauersfrau zu Boronow, hiesigen Kreises, die von ihrem rabenschwarz ultramontanen Ehemann von dem Besuche der dasigen Kirche abgehalten wurde, aber auch das Haus ihrer Eltern meiden und jeden Umgang mit denselben abbrechen mußte, da diese die Kirche besuchten, starb v. W. im Wochenbett und sollte, trotz Widerspruch des Ehegatten, auf Wunsch der Eltern durch Herrn Kenty in solenner Weise beerdigt werden. Der Sarg mit der Leiche ward nach dem Kirchhofe gebracht und am offenen Grabe begann eben die übliche Ceremonie, als plötzlich aus der Menge einige Männer hervorstürzten, den Sarg ergriffen, ins Grab warfen und zuscharrten. Einige besonnene Männer schützten den Geistlichen vor Thätlichkeiten, entfernten die Störer und erst nach einiger Zeit konnte die Leichenfeier in Ruhe beendet werden. Auf Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde die sofortige Verhaftung von zwei Excedenten verfügt, die im hiesigen Gefängnisse ihrer Strafe entgegensehen, darunter der frühere Scholze J., sonst ein ruhiger, besonnener Mann, und jetzt wegen Majestätsbeleidigung und anderer Vergehen schon mehrfach bestraft.

Berlin, 7. Dec. Auch der heutige Verkehr hielt sich innerhalb der engsten Grenzen. Die Geschäftslosigkeit umfaßte sämmtliche Gebiete und sind daher auch nicht einmal einigermaßen bedeutendere Cours-Veränderungen zu verzeichnen. Unter solchen Umständen konnte auch eine bestimmt ausgeprägte Tendenz nicht zum Ausdruck gelangen. Dem Anscheine nach neigte die Stimmung aber zur Festigkeit, wenn auch nicht in allen Fällen die höchsten Notirungen sich bis zum Schluß behaupten konnten. Der Beginn zeigte mehr Festigkeit als der spätere Verlauf; Pariser gute Course hoben dann abermals die Stimmung, um schließlich wieder einer Ermattung Platz zu machen. Auf dem Geldmarkte ist keine Veränderung eingetreten. Der Discontsatz am offenen Markt ist verhältnißmäßig niedrig, doch zeigen sich die Disconteure nach wie vor sehr wählerisch. Die internationalen Speculations-Papiere blieben unbelebt, notiren indeß etwas höher als gestern. Man vermied es hier die Initiative zu ergreifen, fand aber auch in den Meldungen von den anderen Börsenplätzen nur vorübergehend Anregung. In österr. Nebenbahnen fand nur ein ganz geringfügiger Verkehr statt. Die Stimmung war aber im Allgemeinen fest. Galizier notirten nicht nur höher, sondern zogen auch nicht unbedeutend im Course an. Die localen Speculationseffecten stellten sich meist etwas theurer, konnten jedoch die höchsten Notirungen nicht bis zum Schluß behaupten. Dortmunder Union war schwächer. Laura-Actien werden angesichts der russischen Zollmaßregeln von manchen Seiten als nicht ungeeignetes Object für Baisse-Operationen betrachtet und demgemäß behandelt. Disconto-Commandit 107,10, ult. 107—107,25—106¾. Laurahütte 70, ult. 70—70,25—70,10. Die auswärtigen Staatsanleihen zogen in den Notirungen zum Teil etwas höher, die Umsätze in diesen Effecten blieben jedoch sehr geringfügiger Natur. Oesterreichische Renten fanden noch einigermaßen Beachtung. 5proc. amerikanische Bonds trugen einen sehr festen Charakter. Russische Werthe waren im Ganzen nur etwas fester, 5proc. Anleihen behaupteten sich im Handel per Ultimo schwach. Sie wurden zu 78,50—78,25 bis 78,40—78,10 gehandelt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere sehr still und unverändert. Das Prioritätengeschäft zeigte in Hinsicht auf die Stimmung eine schwache Besserung, der Umsatz blieb indessen nur gering. Auf dem Eisenbahnactienmarkte stagnirte der Verkehr bei fester Stimmung fast vollständig. Oberschl. belebt u. steigend. Von leichten Actien ostpr. Südbahn und Brest-Grajewo besser, Rumänen matt. Lombardactien ohne Leben. Preußische Hypotheken-Actien-Bank zog etwas an, Leipziger Credit, Sächsische Bank und Deutsche Hypothek besser, Centralbank für Industrie behauptet sich sehr fest, Deutsche Bank belebt und höher, Dessauer Landesbank in regem Verkehr, Meininger zu steigendem Course lebhaft begehrt, Mecklenburger Hypothek besser, Berliner Kassenverein anziehend, Antwerpener Centralbank schwächer, Gewerbebankactien werden von heute ab franco gehandelt. Industriepapiere meist ohne Umsatz. Für Landre fehlten Abgeber, auch Nürnberger u. Schultheiß waren gefragt. Dessauer Gas ließ etwas im Course nach. Magdeburger Gas zog etwas an. Hoffmann Wagenbau sehr fest. Görlitzer Eisenbahnbedarf gedrückt. Magdeburger Bergwerk steigend. Hibernia um eine Kleinigkeit besser. Georg Marien stark weichend. Braunschweiger Kohlen ebenfalls niedriger.

Um 2½ Uhr: schwach. Credit 216, Lombarden 124,50, Franzosen 416,50, Reichsbank 149,75, Disconto-Commandit 106,60, Dortmunder Union 7,50, Laurahütte 69,90, Köln-Mindener 100,25, Rheinische 110,25, Bergische 77,50, Rumänen 9,70, Türken 8,25.

Wien, 7. Decbr. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betrugen in der Woche vom 23. bis zum 30. November 303,659 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 66,828 Fl.

ff. **[Getreide- 2c. Transporte.]** In der Zeit vom 26. November bis 2. December c. gingen in Breslau ein:

Weizen: 1,285,909 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 5100 Klgr. über die Oberschlesische Bahn, 28,600 Klgr. über die Posener Bahn, 8600 Klgr. über die Mittelwalder Bahn, 17,100 Klgr. über die Freiburger Bahn, 210,836 Klgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 1,556,145 Kilogr.

Roggen: 1,029,615 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 20,201 Klgr. über die Oberschlesische Bahn, 82,795 Klgr. über die Posener Bahn, 467,940 Klgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 1,600,551 Klgr.

Gerste: 198,238 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 154,500 Klgr. über die Oberschlesische Bahn, 5,257 Klgr. über die Posener Bahn, 98,775 Klgr. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 456,770 Klgr.

Hafer: 414,709 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 171,882 Klgr. über die Oberschlesische Bahn, 49,290 Klgr. über die Mittelwalder Bahn, 5110 Klgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 640,991 Klgr.

Mais: 657,722 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.).

Oelsaaten: 271,941 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 193,960 Klgr. über die Oberschlesische Bahn, 12,695 Klgr. über die Posener Bahn, 31,100 Klgr. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 509,696 Klgr.

Hülsenfrüchte: 151,625 Klgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren 2c.), 36,040 Klgr. über die Oberschlesische Bahn, 34,479 Klgr. über die Posener Bahn, 17,643 Klgr. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 239,787 Klgr.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:

Weizen: 9575 Klgr. nach der Posener Bahn, 46,623 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 29,765 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 148,200 Klgr. auf der Freiburger Bahn, 25,350 Klgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 9981 Klgr. nach der Mittelwalder Bahn, 39,078 auf der Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 308,572 Kilogramm.

Roggen: 44,120 Klgr. nach der Posener Bahn, 128,649 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 127,343 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 379,900 Klgr. auf der Freiburger Bahn, 207,408 Kilgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 207,567 Klgr. nach der Mittel-

walder Bahn, 137,985 Klgr. auf der Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 1,232,972 Klgr.

Gerste: 10,000 Klgr. nach der Posener Bahn, 13,100 Klgr. auf der Freiburger Bahn, 9924 Klgr. nach der Mittelwalder Bahn, 18,746 Klgr. nach der Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 51,770 Kilogramm.

Hafer: 103,850 Klgr. nach der Posener Bahn, 9837 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 22,192 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 42,500 Klgr. auf der Freiburger Bahn, 29,465 Klgr. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 207,844 Klgr.

Mais: 150,806 Klgr. nach der Posener Bahn, 56,610 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 164,505 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 9986 Klgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 22,245 Klgr. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 404,152 Klgr.

Oelsaaten: 43,661 Klgr. nach der Posener Bahn, 5025 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 5095 nach der Oberschlesischen Bahn, im Ganzen 53,781 Klgr.

Hülsenfrüchte: 5000 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 9810 Klgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 24,764 Klgr. nach der Oberschlesischen Bahn, im Ganzen 39,574 Klgr.

Auf der Niederschlesisch-Märkischen Bahn gingen im November c. in Breslau 19,125 Klgr. Weizen, 22,775 Klgr. Roggen und 5100 Klgr. Hafer ein, wogegen 1,175,950 Klgr. Weizen, 52,544 Klgr. Roggen, 203,793 Klgr. Gerste und 153,696 Klgr. Hafer von hier versandt wurden.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 8. Decbr. Gestriger Silberschlußcours 56⅛.

Frankfurt a. M., 7. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 27. Pariser Wechsel 81, 35. Wiener Wechsel 159, 50. Böhmische Westbahn 133¾. Elisabethbahn 107½. Galizier 158. Franzosen*) 207⅜. Lombarden*) 61½. Nordwestbahn 92¼. Silberrente 52½. Papierrente 47⅝. Russische Bodencredit 75. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100½. 1860er Loose 92¼. 1864er Loose 241, 80. Creditactien*) 107. Oesterreichische Nationalbank 657, 00. Darmst. Bank 99¼. Berliner Bankverein 83⅛. Frankf. Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 66¾. Hessische Ludwigsbahn 95⅝. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 129, 00. do. Schatzanweisungen alte 75¾. do. Schatzanweisungen neue 73⅜. do. Ostbahn-Obligationen II. 52¼. Central-Pacific 97. Reichsbank 149¼. Silbercoupons —.

Sehr still, aber ziemlich fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 107, Franzosen 207½, 1860er Loose —, Galizier 158. Lombarden —, Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 7. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 114¾, Silberrente 52½, Creditactien 106¾, 1860er Loose 92¼, Franzosen 518, Lombarden 155, Ital. Rente 68, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 69¾, Commerzbank 94, Norddeutsche 123¾, Anglo-deutsche 41½, Internationale Bank 83, Amerikaner de 1885 —, Köln-Minden. St.-A. 100½, Rhein-Eisenbahn do. 110¼, Bergisch-Märk. do. 77¼, Disconto 3 pCt. Fest aber still.

Hamburg, 7. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine matt. Roggen loco fest auf Termine matt. Weizen pr. December-Januar 216 Br., 215 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 225 Br., 224 Gd. Roggen pr. December-Januar 166 Br., 165 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 170 Br., 169 Gd. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl ruhig, loco 78½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 78. — Spiritus ruhig, pr. December 46, pr. Januar-Februar 46, pr. April-Mai 46, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46. Kaffee steigend, Umsatz 5000 Sack. Petroleum steigend, Standard white loco 28, 00 Br., 27, 50 Gd., pr. December 27, 25 Gd., per Januar-März 23, 75 Gd. — Wetter: Milde.

Liverpool, 7. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 14,000 Ballen, davon 11,000 B. amerikanische.

Liverpool, 7. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 18,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Stetig. Stramm.

Middl. Orleans 6¹¹⁄₁₆, middl. amerikanische 6½, fair Dhollerah 5⁵⁄₁₆, middl. fair Dhollah 4⅞, good middl. Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4⅜, fair Bengal 4⅜, good fair Broach —, new fair Oomra 5⁵⁄₁₆, good fair Oomra 5¼, fair Madras 4¾, fair Pernam 6½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6⅝.

Newyork, 7. Decbr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 7¾. Wechsel auf London 4, 82. ⁵⁄₂₀ Bonds de 1885 108⅞, dito 5% fundirte Anleihe 110¾. ⁵⁄₂₀ Bonds de 1887 115⅛. Erie-Bahn 9⅛. Baumwolle in Newyork 12⅛. do. in New-Orleans 11⅜. Raff. Petroleum in Newyork 27¼. Raff. Petroleum in Philadelphia 26¾. Mehl 5, 70. Mais (old mixed) 61. Rother Frühjahrsweizen 1, 40. Caffee Rio 18⅛. Havanna-Zucker 9⅞. Getreidefracht 6½. Schmalz (Marke Wilcox) 10⅞. Speck (short clear) 9⅝.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 7. Decbr. Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Skutari, Derwisch Pascha habe die Miriditen mit Gewalt bedroht, um dieselben zu zwingen, gemeinschaftliche Sache mit der Türkei zu machen. Diese Maßregel habe jedoch die entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht, die Miriditen hätten beschlossen, definitiv mit Montenegro zu gehen.

Wien, 7. Decbr., Abends. Das Abgeordnetenhaus beschloß in der Abendsitzung mit allen gegen 7 Stimmen, den Budgetentwurf des Ausschusses als Grundlage der Specialdebatte anzunehmen.

Pest, 7. Decbr. Die Vertreter Oesterreichs in Belgrad wurden angewiesen, wegen der Verletzung der diesseitigen Territorialhoheit durch die von der serbischen Polizei am Bord des „Radetzky“ vorgenommenen Handlungen energisch Satisfaction von Serbien zu begehren. Zur Unterstützung der Reclamation sind zwei Monitors nach Semlin entsendet. — Die Meldung der Wiener Blätter, Oesterreich habe die Occupation Bosniens beschlossen, ist sicherem Vernehmen nach unbegründet.

Florenz, 7. Decbr. Prinz Louis Napoleon machte heute dem Könige einen Besuch; der König begab sich darauf mit dem Prinzen zu der Kaiserin Eugenie.

Rom, 7. Decbr. Cardinal Simeoni hatte gestern Abend beim Papste eine längere Audienz und wurde heute officiell von demselben empfangen; derselbe hat dabei zugleich den Eid auf sein neues Amt geleistet.

Ragusa, 7. Decbr. Die Mitglieder der Demarcations-Commission haben ihren betreffenden Regierungen den Abschluß ihrer Arbeit angezeigt. Montenegro hat die Verproviantirung von Niksic und zwar für 3000 Personen auf die Dauer von 2 Monaten genehmigt. — Unter den türkischen Truppen in Bosnien und in der Herzegowina findet eine lebhafte Bewegung statt.

Washington, 7. Decbr. Die Nachricht vom Abschlusse eines neuen Auslieferungsvertrages mit England wird Seitens der Regierung für unbegründet erklärt, ebenso die Behauptung, daß die der Ausführung des seitherigen Auslieferungsvertrages entgegengestandenen Hindernisse beseitigt seien.

(Aus L. Hirsch' Telegraphen-Bureau.)

Konstantinopel, 6. Decbr. General Ignatieff beharrt darauf, daß sich die Mächte im Wege einer Botschafter-Conferenz über den Inhalt der im englischen Vorschlage gebrauchten Ausdrücke „Autonomie“ und „Garantien“ einigen, widrigenfalls er dieselben nach den Auffassungen seiner Regierung allein definiren und die diesbezüglichen Vorschläge als Ultimatum der Pforte überreichen werde. Ignatieff erklärt, durch seine Instructionen gebunden zu sein und einen anderen Modus nicht acceptiren zu können. Ignatieff giebt zu verstehen, daß, wenn die gedachten Ausdrücke keinen wirkungsvollen Inhalt erhalten, der englische Vorschlag nur eine Irreführung der Mächte beabsichtigt hätte.

Konstantinopel, 6. Decbr. Das Zustandekommen der Confereuz unter Theilnahme der Türkei ist fraglich. Die Türkei will weder von Autonomie noch von Garantien etwas hören und wird daher wohl kaum die Botschafter-Conferenz eine Einigung bezüglich der Autonomie- und Garantiefrage erzielen.

Berliner Börse vom 7. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe. .	4½	103,80 bzG
do. de 1876 .	4	96,40 bz
Staats-Anleihe	4	96,75 G
Staats-Schuldscheine. .	3½	93,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,25 bzB
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	100,80 bzG
Pommersche	3½	81,60 G
do.	4	93,70 bz
do.	4½	101,40 bzG
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue. . .	4	93,40 bz
Schlesische	3½	83,90 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	94,40 bzG
Pommersche	4	94,50 bz
Posensche	4	95 bz
Preussische	4	94,50 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,30 bz
Sächsische.	4	95,50 bzG
Schlesische	4	95 bz
Badische Präm.-Anl. .	4	116,50 G
Baierische 4% Anleihe	4	119 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	106,50 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 246 G
Badische 35 Fl.-Loose 133 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 83.40 G
Oldenburger Loose 131,10 bzG

Ducaten 9,65 G	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,34 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,25 bz	Oest. Bkn. 159,70 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 243 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	102 bzG
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzB
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100.50 bz
do. rückzb. à 110	5	104,50 bz
do. do. do.	4½	98 bzB
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,50 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr..	5	101,40 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	105 G
do. do. II. Em.	5	100,90 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107,10 bz
do. do. II. Em.	5	105,25 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	101 bz
do. 4½ do. do. m.110	4½	95 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	100,50 bz
Oest. Silberpfandbr. .	5½	32,25 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	84,50 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silberrente	4⅕	52,60 bz
(1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)		52,50 bz
do. Papierrente	4⅕	47,80 bz
(1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)		47,80 bz
do. 54er Präm.-Anl. .	4	89,25 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	92,75 bz
do. Credit-Loose . . .	—	287,90 B
do. 64er Loose	—	238 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	135,50 bz
do. do. 1866	5	132,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	76 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	75,50 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	73 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	66,50 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	58,60 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,10 etbzB
do. do. 1885	6	100.60 bzG
do. 5% Anleihe . . .	5	101,30-40 bz
Französische Rente . .	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	68,90 G
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	100,20 etbz
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	63,10 etbzG
Rumänische Anleihe. .	8	81,25 bzG
Türkische Anleihe . . .	5	8.50 etbzG
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	63,90 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37 B
Türken-Loose 22,50 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II. .	4½	100.25 bz
do. III. v. St.3½ g.	3½	85,10 B
do. do. VI.	4½	96,50 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	102,25 B
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	— —
do. Lit C. . .	4½	84,50 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	— —
do. do. K.	4½	— —
do. von 1876	5	97.20 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90 G
do. . . Lit. B.	4½	99,75 G
do. . . . . IV.	4	91,50 G
do. . . . . V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben . .	5	100 30 G
Hannover-Altenbeken .	4½	92 G
Märkisch-Posener . . .	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95 G
do do. II. Ser.	4	94,75 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	95 G
do do. III. Ser.	4	94 bz
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do H.	4½	100,30 bzG
do. . . von 1869.	5	101,40 B
do. von 1873. .	4	— —
do. von 1874. .	4½	97,50 bzB
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	102 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn . .	5	—
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	100,25 G
Schlesw. Eisenbahn . .	4½	99,50 B
Chemnitz-Komotau. . .	5	95 bz
Dux-Bodenbach.	5	57,50 G
do. II. Emission . .	5	38,50 bzG
Prag-Dux.	fr.	19,80 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	78 bzG
do. do. neue	5	76,25 G
Kaschau-Oderberg . . .	5	50,80 bzG
Ung. Nordostbahn . . .	5	47 G
Ung. Ostbahn.	5	43,25 G
Lemberg-Czernowitz .	5	61,20 G
do. do. II.	5	60,10 bz
do. do. III.	5	53 B
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr.	14,10 G
do. II.	fr.	10 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn .	5	58,75 bzG
Oesterr.-Französische	3	310 bz
do do. II.	3	297 G
do. südl. Staatsbahn	3	230,25 bzG
do. neue	3	230.25 bzG
do. Obligationen	5	72,80 bzG
Warschau-Wien II. . .	5	91 B
do. III. . .	5	82.50 bz
do. IV. . .	5	77,50 bzB
do. V. . .	5	73,50 bz

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,10 bz
do. do.	2 M.	3	168,30 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.345 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,25 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	237,50 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	242,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	159.40 bz
do. do.	2 M.	4½	158,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	1	4	17 bz
Berg.-Märkische. .	2	4	4	77,50 bzG
Berlin-Anhalt . . .	8⅘	8	4	102,50 bzG
Berlin-Dresden . .	5	2½	4	17,50 bzG
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	20,30 bz
Berlin-Hamburg . .	12½	10	4	173,50 bz
Berl. Nordbahn . .	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb	1⅗	3	4	77.50 bzG
Berlin-Stettin . . .	9¹¹⁄₁₂	9	4	117,50 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	67.10 bz
Breslau-Freib. . . .	7½	5⅔	4	65,75 bzB
Cöln-Minden	6⁸⁄₂₀	4⁶⁄₁₀	4	100,25 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,10 G
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	5 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	79,90 B
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	8,75 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	33 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	40,50 bz
Ludwigsb.-Bexb. .	9	9	4	178 G
Märk.-Posener . . .	0	0	4	11,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	102,50 bz
Magdeb.-Leipzig . .	14	14	4	— —
do. Lit. B.	4	4	4	— —
Mainz-Ludwigsh. .	6	6	4	95,75 G
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	96 B
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	133,25 bzB
do. B. . . .	12	10½	3½	123,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	417-17,50-17
Oest. Nordwestb.	5	5	5	185 G
Oest.Südb.(Lomb.)	1½	0	4	125-5,50
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	20,70 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	42,50 G
Rheinische	8	8	4	110,25 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,25 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	9,70 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,50 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,75 bzG
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	131,70 bz
Warschau-Wien. .	10	7½	4	184,50 B

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1874	1875	Zf.	
Berlin-Görlitzer . .	4	5	5	53,50 bz
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub. .	0	0	5	17,50 G
Hannover-Altenb.	0	0	5	25 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	— —
Märkisch-Posener	0	3½	5	64 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,20 bz
do. Lit. C.	5	5	5	93,70 G
Ostpr. Südbahn . .	3½	5	5	71,60 bzG
Pomm. Centralb. .	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109 G
Rumänier.	8	8	8	48 bz
Saal-Bahn	2⅔	1⅓	5	20 25 G
Weimar-Gera. . . .	5	2½	5	— —

Bank-Papiere.

	1874	1875	Zf.	
Allg.Deut.Hand-.G.	5	0	4	21 G
Anglo DeutscheBk.	0	3	4	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	160 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	69 bzB
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	9½	4	85 bz
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	97,90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	68 B
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,75 B
Coburg.Cred.-Bnk.	4½	2½	4	68 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	118 B
Darmst. Creditbk.	10	6	4	98.75 etbzG
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,75 G
Deutsche Bank . .	5	3	4	76,75 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	149,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	107,10 bz
do. ult.	12	7	4	107⅜-6⅝ bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	86,50 bz
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	21 B fr. Z.
Goth. Grundcredb.	9	8	4	100,30 G
Hamb. Vereins-B.	11⅑	9⁴⁄₉	4	117,50 G
Hannov. Bank . . .	6⅔	9⁷⁄₁₅	4	102,25 bzB
Königsb.Ver.-Bank	5¾	5¼	4	80 B
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9⅙	7	4	105,75 bzG
Luxemburg. Bank	9	6½	4	92,75 B
Magdeburger do.	5½	5½	4	102,50 B
Meininger do.	4	3	4	67 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	15 bzG
Nordd. Bank	10	6¾	4	124,25 bz
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	98 etbzB
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	46,50 etbzG
Oest. Cred.-Actien	6⅞	5	4	217-18-17
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	94,40 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	— —
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,50 bz
Sächs. Bank	10½	10	4	122,90 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93 B
Schl. Bank-Verein	6	5	4	87 B
Schl. Vereinsbank	5	5	4	89,25 G
Thüringer Bank. .	6	5	4	70,50 G
Weimar. Bank. . .	5¼	0	4	39 B
Wiener Unionsb. .	5	2⁶⁄₇	4	68 B

In Liquidation.

	1874	1875	Zf.	
Berliner Bank . . .	0	—	fr.	88,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	82,50 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4,75 G
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57,50 B
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	95 B
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	83 bz
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	92,10 G
Hessische Bank . .	0	—	fr.	50,50 G
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	89,75 G
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	2 B

Industrie-Papiere.

	1874	1875	Zf.	
Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	139,50 G
D. Eisenbahnb.-G.	6	0	4	5,50 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	4	0	4	64,75 B
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	10,90 G
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	52 bzG
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	2,75 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	122,75 B
Schles. Feuervers.	17	20	4	720 G
Donnersmarkhütte	4	3	4	17,50 bzG
Dortm. Union . . .	0	0	4	7,50 bzG
Königs- u. Laurah.	10	2	4	70 bzG
Lauchhammer . . .	0	0	4	24,50 B
Marienhütte	7½	8	4	67,50 G
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6 B
Redenhütte	0	0	4	7,25 B
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	6,50 B
Schl.Zink.h.-Actien	7	6	4	76,10 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	84 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	36,75 G
Vorwärtshütte . . .	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd .	0	0	4	41,90 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	48,25 G
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44,25 B
Erdm. Spinnerei .	4	1	4	15 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	4	4	42,50 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	10,90 G
O. Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	— —
Schl. Leinenind. .	7½	8	4	— —
do. Porzellan	0	0	4	9,50 B
WilhelmshütteMA.	4	4½	4	68 B

Berlin, 6. Decbr. [Producten-Bericht.] Eine prononcirt matte Stimmung kam heute im Verkehr mit Roggen zur Geltung. Reichliches, aber nicht vielseitiges Angebot machte eine Preisermäßigung gleich im Beginn der Börse erforderlich, es behauptete sich dann der etwas reducirte Preis zwar gut, doch eine Erholung griff nicht Platz. Waare wurde mäßig umgesetzt; die Bahnzufuhr ist schwach. — Roggenmehl billiger verkauft. — Weizen scheint vom Roggenmarkt beeinflußt worden zu sein, denn trotz günstiger englischer Berichte haben die hiesigen Preise etwas nachgegeben. — Hafer loco fortdauernd flau. Termine sehr still. — Rüböl machte weitere Fortschritte in der Preissteigerung; der Umsatz war leidlich rege. — Petroleum etwas höher in Folge der besseren New-Yorker Notirungen. — Spiritus war flau und hat bemerkbare Rückschritte im Werthe gemacht.

Weizen loco 190—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner bunter polnischer — M. ab Bahn bez., per December 220 Mark bez., per April-Mai 226—225½ Mark bez., per Mai-Juni 226½ Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 156—187 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 156 bis 158 M. ab Kahn bez., neuer russischer 160—168 Mark bezahlt, neuer polnischer — Mark bezahlt, inländischer 176—186 Mark ab Bahn bezahlt, per December 158—157½—158 Mark bez., per December-Januar 158 bis 157½—158 Mark bez., per Januar-Februar 160—159½ M. bez., per Frühjahr 166—167—166½ Mark bez., per Mai-Juni 165—164½ Mark bez. Gekündigt 14,000 Centner. Kündigungspreis 158 Mark. — Gerste loco 130 bis 180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 130 bis 160 Mark bez., russischer 130—150 M. bez., pommerscher 164 bis bis 166 M. bez., schlesischer 150—164 M. bez., galizischer 130 bis 145 M. bez., böhmischer 157—166 Mark bez., ungarischer 140—145 Mark bez., defecter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per December 148—168½ M. bez., per December-Januar 148—148½ M. bez., per Frühjahr 159—159½ Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 148½ M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: inclusive Sack per December 23—22,95 Mark bez., per December-Januar 23—22,95 Mark bez., per Januar-Februar 23,05—23 M. bez., per Februar-März 23,15—10 M. bez., per März-April 23,30—20 M. bez., per April-Mai 23,30—25 M. bez., per Mai-Juni — M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 76,6 Mark bez., mit Faß — M. bez., per December 77—77,5 M. bez., per December-Januar — Mark bez., per Januar-Februar — M. bez. per April-Mai 78,4 bis 79 Mark bezahlt, per Mai-Juni — Mark bezahlt. Gekündigt 500 Centner. Kündigungspreis 77,3 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 57 Mark. bez., per December 55 Mark bez., per December-Januar 52—52,5—3 M. bez., per Januar-Februar 48,3—48 M. bez., per Februar-März 44,6 Mark bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 40,2—1 Mark bez. Gekündigt — Bar. — Kündigungspreis — M.

Spiritus loco „ohne Faß“ 55,5 - 4 Mark bez., per December 58,5 bis 58,1 Mark bez., per December-Januar 56,5—1 Mark bez., per April-Mai 58,9—5 Mark bez., per Mai-Juni 59,2—58,8 Mark bez., per Juni-Juli 60,2—59,8 Mark bezahlt. Gekündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 56,3 Mark.

Breslau, 8. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr m heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend bei mäßigen Zufuhren und die Preise zum Theil unverändert.

Weizen, feine und harte Qualitäten gut beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,20—21,60 Mark, gelber 17,40—19,00 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. neuer 16—17,50 bis 18 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, per 100 Kilogr. neue 14,00—14,50 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer in matter Haltung, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,40 bis 15,30 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in sehr fester Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	—	31	—	30	—
Winterrübsen	31	75	29	75	28	75
Sommerrübsen	30	—	28	—	27	—
Leindotter	27	—	25	75	23	—

Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen fast ohne Aenderung, rother matt, per 50 Kilogr. 53 bis 60—66—74 Mark, — weißer unverändert, per 50 Kilogr. 54—62—67—80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 30—31 Mark, Roggen fein 27,50—28,50 Mark, Hausbacken 26,50—27,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Decbr. 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 7°,1	+ 4°,5	+ 4°,4
Luftdruck bei 0°	328''',32	327''',60	327''',64
Dunstdruck	3''',06	2''',75	2''',78
Dunstsättigung	82 pCt.	92 pCt.	94 pCt.
Wind	SO. 1.	SO. 1.	S. 1.
Wetter	bezogen.	trübe.	trübe.

Breslau, 8. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 68 Cm. U.-P. 1 M. 8 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.